

# Rübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Rübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 10,00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtspaltige Zeile oder deren Raum 250 Dfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 200 Dfg. Reklamen 1000 Dfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 12.

Sonnabend, den 14. Januar 1922.

29. Jahrgang.

## Der Zahlungsausschub bewilligt.

Das Ende der Konferenz von Cannes.

### Die Bedingungen.

Cannes, 13. Januar. (Drahtbericht.)

Die deutsche Delegation wurde heute mittag 12 Uhr im Nauvigen Klub zu einer gemeinsamen Sitzung des Obersten Rates und der Reparationskommission geladen.

Lord George teilte mit, daß der Oberste Rat zur Entscheidung gekommen sei, daß er in Abwesenheit eines seiner Mitglieder mit den Verhandlungen nicht fortfahren könne. Daher wurde beschlossen, die

Konferenz zu vertagen.

Er erwähnte, daß die Aufgabe der Konferenz teils gelöst wäre, insbesondere wurde beschlossen, die Wirtschaftskonferenz nach Genua einzuberufen, zu der die deutsche Regierung eingeladen werden solle. Beschiedigt entnahm er den gestrigen Ausführungen Rathenaus, daß die deutsche Regierung gewillt sei, an dem Wiederaufbau Mittel- und Osteuropas teilzunehmen. Er bedauerte, daß der deutschen Delegation Ungelegenheiten bei den Verhandlungen erwachsen, die durch den Abbruch der Konferenz unterbrochen werden müßten. Die übrigen Delegationen befänden sich in derselben Lage. Die Reparationsfrage müßte vertagt werden. Soweit aber das Ersuchen der deutschen Regierung um ein Moratorium in Betracht komme, werde die Reparationskommission sofort eine Antwort erteilen.

Hierauf verlas der Vorsitzende der Reparationskommission nachstehende

### Entscheidung.

Die Reparationskommission beschließt, der deutschen Regierung eine

vorläufige Bezugsfrist für die am 15. Januar und 15. Februar fälligen Raten

zu gewähren, soweit diese Zahlungsverpflichtungen durch geleistete oder noch zu leistende Zahlungen und durch Sachlieferungen oder Einnahmen aus dem Recovery Act, die schon eingegangen sind, oder bis zu den oben genannten Daten eingegangen sein werden, nicht schon gedeckt sind, und zwar unter Vorbehalt

nachstehender Bedingungen:

1. Während der vorläufigen Bezugsfrist zahlt die deutsche Regierung

alle zehn Tage 31 Millionen Goldmark in zugelassenen Devisen. Die erste Zahlung erfolgt am 18. Januar 1922.

2. Die deutsche Regierung unterbreitet binnen 14 Tagen der Reparationskommission einen angemessenen

Reform- und Garantieplan betr. das deutsche Budget

und den deutschen Papiergeldumlauf sowie ein vollständiges Programm für die Barzahlungen und Sachlieferungen für 1922.

3. Die vorläufige Bezugsfrist acht zu Ende, sobald die Reparationskommission oder die alliierten Regierungen die Entscheidung über den oben unter 2. erwähnten Entwurf und das Programm treffen.

Unbeschadet dessen kann in der Entscheidung vorgeesehen werden, daß der Unterschied zwischen den tatsächlich während der Bezugsfrist gezahlten Beträgen und den auf Grund des oben erwähnten Zahlungsplans fälligen Summen fällig wird und innerhalb 14 Tagen zu zahlen ist, gerechnet vom Tage der je nach den Umständen von der Reparationskommission oder den alliierten Regierungen getroffenen Entscheidung. Wenn Entwurf und Programm der Reparationskommission vorliegen, werden sie sofort von ihr den alliierten Regierungen übermittelt, die so in der Lage sein werden, entweder die Angelegenheit selbst in die Hand zu nehmen oder sie an die Reparationskommission zurückzuverweisen, damit diese darüber entscheidet.

### Rathenau

erklärte, daß er namens der deutschen Regierung von der Einladung zur Konferenz von Genua Kenntnis nehme; die deutsche Regierung sehe der Übermittlung des Einladungsschreibens entgegen. Er betonte ferner, daß aus der gegebenen Erklärung hervorgehe, daß aus der

Nichtzahlung der zum 15. Januar fälligen Summe für Deutschland keine unmittelbaren Folgen erwachsen.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

### Die Abreise aus Cannes.

Cannes, 14. Januar.

Die deutsche Delegation hat beschlossen, gestern abend um 7 Uhr abzureisen. Am späten Nachmittag reiste Lord George nach Paris ab.

Dr. L. Rübed, 14. Januar.

Mit Gelassenheit nahm die ganze Welt die Nachricht von dem Sturz Briands auf; mit ebenso großer Gelassenheit begrüßt man Poincaré. Die Presse aller Richtungen und aller Länder drückt höchstens ihr Erstaunen darüber aus, daß Frankreich sich heute noch solche kleine Zwischenfälle erlaube, wo doch jedermann wisse, daß nach wenigen Wochen alles wieder in die alten Bahnen der Vernunft zurückzuführen müsse.

Wer die oben wiedergegebene Meldung aus Cannes über die letzte Sitzung des Obersten Rates aufmerksam liest, der findet zwischen den Zeilen jenen Ton leiser Nachsicht gegenüber Frankreich, von dem wir gestern sprachen. Lord George entschuldigte sich beinahe bei der deutschen Delegation wegen der durch den plötzlichen Abbruch verursachten Ungelegenheiten, aber, so fügte er gleich hinzu, den Vertretern der anderen Mächte ginge es ja auch nicht besser.

Das Wichtigste jedoch an der ganzen Sitzung war die Tatsache, daß die Reparationskommission, sicher auf einen Wink des Obersten Rates, mit Mehrheitsbeschluß Deutschland den Zahlungsausschub bewilligte, und zwar ungefähr in der von Rathenau vorgeschlagenen Form. Rathenau hatte für Januar und Februar rund 200 Millionen Goldmark angeboten. Die Reparationskommission nahm diese Zahl an mit der Maßgabe, daß jeden zehnten Tag 31 Millionen abzutragen seien.

Man spricht also über die große französische Geste hinweg. Das Theater in der französischen Kammer machte auf Engländer und Italiener nicht den geringsten Eindruck. Deutschland hat sein Moratorium. Und wenn Frankreich nicht damit einverstanden ist, so kann es sich mit England und Italien darüber zanken; Deutschland hat mit der Sache zunächst nichts mehr zu tun. Es ist also genau so gekommen, wie wir gestern voraussetzten, und wie es kommen mußte.

Frankreich selbst fühlt jetzt schon, zwei Tage nach dem Ausfall, die Schwäche seiner Position. Französische Pressestimmen sprechen das sehr eindringlich aus.

Das von Clemenceau neugegründete, sehr nationalistische „Echo nationale“ schreibt: Briand hat gestern erklärt, daß weder das Parlament noch das Land ihm folgen würde. Aber in der Art, wie er sich zurückgezogen hat, vollführte er ein politisches Manöver, das alle Bürger, denen das nationale Interesse am Herzen liegt, verdammen müssen.

„Journal“ erklärt: Die Entscheidung Briands sei doppelt bedauerlich, erstens, weil sie das Land mitten in folgenreicheren Verhandlungen eines geschickten Wostaten beraube, der durch seine Geschmeidigkeit mehr als einmal schon gefährliche Konflikte vermieden habe; alsdann aber auch, weil die Erklärung Briands nicht besprochen und keiner Abstimmung unterworfen worden sei. Briands Nachfolger könnte also keine feste Unterlage des Parlamentarismus über die in Cannes erörterten Fragen gegeben werden.

„Petit Parisien“ jammert: Es werde jetzt leicht sein, die Franzosen noch einmal anzuschuldigen, die Störenfriede des europäischen Friedens zu sein. Die erste Aufgabe des neuen Ministeriums werde sein, das Mißverständnis, das zwischen Frankreich und England entstanden sei, zu beseitigen. Vielleicht würden die beiden Regierungen von London und Paris, gewigtigt durch die schmerzlichen Erfahrungen, einsehen, daß es Verhandlungen gebe, die man viel leichter in der Ruhe der Kanzlei als auf öffentlichem Marktplatz oder auf Konferenzen mit großem Apparat oder auf internationalen Kongressen führe.

Die englische Presse gibt ein gutes Echo auf diese französische Mißstimmung.

„Daily Chronicle“, das Blatt Lord Gorges, sagt: Cannes sei nicht ganz fruchtlos gewesen. Der Plan der Konferenz von Genua werde nicht mehr umgestoßen werden. In Genua oder sonst irgendwo, ob die Teilnahme widerrufen werde oder nicht, die Konferenz werde stattfinden. Wenn Poincaré oder seine Freunde wieder aus Ruber kämen, so würden sie in internationalen Angelegenheiten bald vor zwei Alternativen stehen, Rückkehr zur Politik Briands oder vollständige Isolierung Frankreichs.

„Daily Express“ erklärt: Keine Nation verliere durch ein Fiasko mehr als die Franzosen. Frankreich stehe der Möglichkeit, ja sogar der Sicherheit vollständiger Isolierung gegenüber.

„Westminster Gazette“ führt aus: Es sei kein Grund vorhanden, wegen dieses Zwischenfalles bezüglich der englisch-französischen Beziehungen zu verzweifeln. Man könne sogar Ermüdung aus der Tatsache schöpfen, daß ein mächtiger Mann in Frankreich auf entschiedene Weise die Gruppe von früheren Ministern herausgefordert habe, deren dauernde Forderungen Frankreich in eine Lage trieb, die friedlichen Beziehungen zwischen ihm und seinen Nachbarn unmöglich zu machen. Wenn Poincaré Premierminister werden sollte, dann werde sich bald Gelegenheit bieten, offen zu sein und zu erklären, daß England an keiner Politik teilnehmen kann, welche die deutsch-französische Fehde auf unbeschränkte Zeit verlängere und alle Hoffnungen auf eine Wiederherstellung Europas zunichte mache.

Für Deutschland ist die Gesamtlage nun so, daß es ruhig abwarten kann. Die im Besitz der Reichsbank vorhandenen ausländischen Zahlungsmittel genügen zur Erfüllung der verringerten Reparationsansprüche für etwa ein Vierteljahr.

Außerdem wird die in Aussicht genommene Beleihung des Goldbestandes der Reichsbank durch die Bank von England eine gewisse Erleichterung für den deutschen Geldmarkt bringen, jedoch eine neue Marktkatastrophe fürs erste kaum zu befürchten sein wird.

In der Zwischenzeit können sich Frankreich und England dann über die Frage auseinandersetzen. Wenn Deutschland auf dem Wege einer ehrlichen Erfüllungspolitik bleibt, so wird sich seine internationale Lage in absehbarer Zeit bedeutend bessern.

### Frankreichs wachsende Einsicht.

Köln, 14. Januar.

Das Redaktionsmitglied der „Königlichen Zeitung“, das während der Konferenz in Cannes dort weilte, weiß über den Eindruck, den die letzten Vorgänge in Paris gemacht haben, folgendes zu berichten:

Die Gruppe, die hier in Cannes eine Oppositionsfiliale der Pariser Kammer eingerichtet hatte, wird gerade auch von französischen Seite sehr scharf beurteilt, und der Eindruck, soweit er einen solchen auf der Fahrt quer durch Frankreich vom französischen Volke selbst gewinnen konnte, ist, daß in Wahrheit das Frankreich von heute sich nicht kundgibt in der Stimmung, die am lautesten zu uns nach Deutschland klingen. Die allorts bemerkbare persönliche Liebeshuldigung wird in politischen Gesprächen mit dem einfachen französischen Staatsbürger durch eine wesentlich gemäßigtere politische Stimmung auch gegen Deutschland ergänzt. Diese ungewöhnlich schwere Befastung durchaus anerkannt wird. Sie wird ferner ergänzt durch die ganz andere Tonart der angesehenen Provinzpresse. Wenn Briand in absehbarer Zeit wieder ans Ruder kommen sollte, so hätte er zweifellos eine weit größere moralische Macht und Möglichkeit, um das zu sagen, was eigentlich ist. Er wäre nicht mehr so an die Gnade des Schlagwortes aus der Kriegs- und Nachkriegszeit gebunden.

### Das Ministerium Poincaré.

Poincaré übernimmt Vorsitz und Außen.

Paris, 13. Januar.

Poincaré übernahm die Kabinettsbildung endgültig. Nach bisher noch nicht bestätigten Nachrichten soll sich das Kabinett wie folgt zusammensetzen: Vorsitz und Außenminister: Poincaré, Justiz und Vizepräsident: Raiberti oder de Selve, Inneres: Marnoury, Kriegsministerium: Magina oder Barthelemy, Marine: Landry, Finanzen: de Béchery, Handel: Francoise Marjal oder Bonanowsky, Unterrichts: Evra Bertrand, Ackerbau: Jean Durand, Kolonien: Sarrant, Arbeitsministerium: Darinac oder Colrat oder Foudrain, Öffentliche Arbeiten: Le Troquer, Unterstaatssekretäre beim Ministerpräsidenten: Reibel, weitere Unterstaatssekretäre: Aubignat, Dutreil, Lorin, Joseph Barthelemy, Rollin, Willenau.

Es hat wenig Zweck, jetzt schon Betrachtungen anzustellen über die Politik, die Poincaré verfolgen wird. Gewiß, Poincaré ist ein erbitterter Feind Deutschlands, und an seinen Händen klebt ein großer Teil der Blutschuld an diesem Kriege. Aber nicht der Poincaré der Vergangenheit interessiert uns, sondern der der Zukunft. Was er tut, ist uns nichts, was er tun wird, alles. Vorurteilslos sehen wir seiner Amtsführung entgegen. Er wird den Beziehungen ebenso Rechnung tragen müssen, wie es Briand tat; und die Verhältnisse sprechen zu unseren Gunsten.

Der vornehm-konservative „Figaro“ schreibt darüber folgendes: Poincaré steht Schwierigkeiten gegenüber, die 12 Monate einer Politik im Großen angehängt haben. Seine Gegner suchen ihn als einen Fanatiker hinzustellen. Wir, die wir ihn kennen, lachen über diese Legende. Wir erwarten von Poincaré eine geschickte und schmeizgarme Politik, die aber die Interessen Frankreichs nicht verläßt.

Wir werden abwarten, und wir können abwarten.

### Der englisch-französische Defensivvertrag.

Paris, 14. Januar.

Der Text des englisch-französischen Defensivvertrages ist gestern in Paris veröffentlicht worden. Es heißt darin u. a.: Im Falle eines direkten, nicht provozierten Angriffes gegen Frankreich durch Deutschland wird sich England sofort auf die Seite Frankreichs mit all seinen militärischen und maritimen Luftstreitkräften stellen. Die vertragschließenden Teile bekunden neuerdings ihre gemeinsamen Interessen an den Artikeln 42, 43 und 44 des Versailler Vertrages. Die vertraglichschließenden Teile verpflichten sich, falls Deutschland militärische, maritime oder andere Maßnahmen ergreift, die mit dem Versailler Vertrag unvereinbar sind, zusammen vorzugehen. Der gegenwärtige Vertrag wird keinen der Dominions des Britischen Reiches irgendeine Verpflichtung auferlegen, sofern diese Dominions nicht freiwillig den Vertrag anerkennen. Der gegenwärtige Vertrag ist für die Dauer von zehn Jahren geschlossen worden und kann am Ende dieser Periode mit gemeinsamem Einverständnis verlängert werden.

# Auf dem Kriegspfad.

## Baunnternehmer gegen soziale Baubetriebe.

Von **Architekt Heinrich Kaufmann.**

Die von den baugewerkschaftlichen Gewerkschaften der Hand- und Kopfarbeiter unter lebhafter Beteiligung auch der im Bund der technischen Angestellten und Beamten organisierten Techniker ins Leben gerufene Selbsthilfebewegung hat sich ausgezeichnet entwickelt.

Nach dem vom Verband sozialer Baubetriebe (W.B.) herausgegebene Geschäftsbericht für das Jahr 1920/21 werden zurzeit in 200 Betrieben (Bauhütten und Produktionsgenossenschaften), die dem W.B. angeschlossen sind, rund 21.000 haugewerkschaftliche Arbeiter und mehrere hundert Techniker beschäftigt. Für die einzelnen Wirtschaftsbezirke wurden Bauhüttenbetriebsverbände gegründet, welche die Betriebe des Bezirks zu einer wirtschaftlichen Einheit zusammenfassen und in sich die Produktionskraft baugewerkschaftlicher Großbetriebe vereinigen.

In diesen Betrieben wurde im zurückliegenden Geschäftsjahr ein Umsatz von über 350 Millionen Mark erzielt; weit über diese Summe hinausgehende Aufträge, die gegenüber den privaten Bauunternehmungen in freier Konkurrenz hereingeholt wurden, liegen vor, und noch viel mehr Aufträge wären den sozialen Baubetrieben zugewendet worden, wenn sie heute schon die zur Bewältigung aller ihnen zugehenden Aufträge notwendigen Produktionsmittel besitzen würden. Um rund 40 Millionen Mark waren die sozialen Betriebe billiger als die mit ihnen konkurrierenden Unternehmer. Da heute Staat, Gemeinden oder gemeinnützige Siedlungsgesellschaften fast immer noch als alleinige Auftraggeber in Frage kommen, sind diese 40 Millionen Mark der Allgemeinheit erspart worden.

Weit größer, aber ziffernmäßig nicht zu erfassen, sind die Ersparnisse, die der Senkung der Baupreise infolge des Eingreifens der sozialen Baubetriebe zu verdanken sind. Kein Wunder also, daß die Unternehmer den Verband sozialer Baubetriebe und alle mit ihm zusammenhängenden Organisationen zum Teufel wünschen, lieber heute als morgen, und alles tun, was geeignet erscheint, die weitere Entwicklung dieser Bewegung zu unterbinden.

Der Deutsche Wirtschaftsbund für das Baugewerbe E. V. trat als erster auf den Plan und beschloß, die Sozialisierungsbemühungen im Baugewerbe mit aller Schärfe zu bekämpfen, nicht nur aus Gründen des Wettbewerbes, sondern auch weil bei der Eigenart des Baugewerbes ohne Zweifel die privatwirtschaftliche Form die das Allgemeinwohl am meisten fördernde ist.

Dann hat der Reichsverband der deutschen Industrie bzw. dessen „Fachgruppe Bauindustrie“ eingegriffen und durch Eingaben an den Reichstag die „Unentbehrlichkeit“ der privaten Bauindustrie und der privaten Bauunternehmer nachzuweisen versucht. Dessen Denkschrift richtete sich insbesondere gegen den Vorwurf des Baukostenoffiziers, der nach Ansicht der Industriellen natürlich gar nicht existiert. Dabei herrschten Ende 1919 und Anfang 1920, wie selbst das „Mitteilungsblatt des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe“ in Nr. 18 vom 5. Mai 1921, also ein gewiß unverdächtigem Zeuge, kritisch feststellen mußte, „auf dem Baumarkt wilde Zustände, die von Naturen mit robustem Gewissen rücksichtslos ausgenutzt wurden“. Heute ist es nicht besser, insbesondere auf dem Gebiete der Baustoffproduktion.

Weil der Verband sozialer Baubetriebe den hier gekennzeichneten Naturen mit robustem Gewissen entgegentritt und ihnen gegenüber das Interesse der Allgemeinheit betont, deshalb hat der Reichsverband der deutschen Industrie allen Behörden und Industriebetrieben eine Berufserklärung zugehen lassen und dann „zur Abwehr auch dieser Sozialisierungsbemühungen und aus Gründen der Solidarität des Unternehmertums“ alle Verbände und Firmen aufgefordert, ihre Bauaufträge an Unternehmer und nicht an soziale Produktionsgenossenschaften zu geben.

Ganz besonders unangenehm ist den Unternehmerverbänden aber die Tatsache, daß auch die technischen Angestellten ihre Kenntnisse und Fähigkeiten in den Dienst der praktischen Sozialisierung des Baugewerbes stellen. Dieses Zusammenwirken der Kopf- und Handarbeiter ist es, das die Unternehmer täglich schmerzlicher empfinden.

Dagegen machen die Bauarbeiterverbände ihre Mitglieder besonders mobil. Zuerst waren es die wirtschaftlichen Verbände der baugewerblichen Unternehmer zu Frankfurt a. M., die in einem in mehr als leidenschaftlichem Ton gehaltenen Rundschreiben auf die durch Beteiligung der Bautechniker an den sozialen Baubetrieben dem Unternehmertum drohende Gefahr aufmerksam machten. Insbesondere hatte es ihnen eine von der Reichsregierung der im Bund der technischen Angestellten und Beamten organisierten Bautechniker angenommene Entschließung angetan, die sich für die Sozialisierung des Baugewerbes und Unterstützung der sozialen Baubetriebe aussprach. Die Unternehmer hatten es nach diesem Rundschreiben nicht für möglich, „daß die Leitung eines Fachverbandes sich für eine so unzureichende Bestrebung, wie die Sozialisierung der Baubetriebe“ herzugeben vermag, und sie bezweifelten es, daß sich die Mitglieder „hinter derartige Maßnahmen ihrer Berufsleitung stellen würden“. Obwohl also die Verfasser dieses Rundschreibens die ganze Bewegung als völlig gescheitert ansehen, schimpfen sie wie Kohnstücken über die „gewissenlosen Drahtzieher“, die mit ihrem „parteilichen Vorherrscher“ und „fanatischen Führer“ die große Zahl „unangelegentlich Beteiligten“ zu betören suchen. Die Führer der Bewegung seien eine „Clique Sozialisierungsprofiteure“ und außerdem noch „theoretisierende Phantasten“, Leute, die skrupellos genug sind, „gegen ihre bessere Ueberzeugung“ zu reden, Menschen, die der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands „völlig rücksichtslos“ gegenüberstehen und die in ihrer „Ignoranz“ oder gar aus „anarchischen Absichten“ den armen Bautechnikern die einzige Stütze nehmen wollen, die ihnen im Wirtschaftsleben noch geblieben ist.

Man kann noch diesen gewiß erheiternden Stillproben nicht glauben, daß den Bauunternehmern die Sozialisierungsbewegung im Baugewerbe so völlig schon als gescheitert erscheint, um so weniger, wenn man die Aufforderung liest:

„Beliebige Exemplare dieses Rundschreibens den bei ihnen angelegten Verzeichnissen zuzufügen zu lassen und diese um ihre Stellungnahme zu der Angelegenheit zu ersuchen, denn es kann doch wohl einem Unternehmer nicht gestattet werden,

Mitarbeiter in seinem Betriebe zu dulden, die Bestrebungen gutheißen oder sich daran beteiligen, die auf seinen Untergang abzielen.“

Könnte man dieses Rundschreiben noch als dem Kopfe einer infolge der Unterbreitung des in Frankfurt besonders gut geleiteten sozialen Baubetriebes bei verschiedenen Submissionen rabiat gewordenen Lokalgroße der Unternehmerratsentscheidungen betrachten, so zeigt ein vertrauliches Rundschreiben des Reichsverbandes des Deutschen Tiefbaugewerbes vom 19. November 1921, daß nunmehr auch die Zentralverbände der Arbeitgeber sich anschicken, den Großangriff auf die Koalitions- und Wirtschaftsfreiheit der Angestellten zu organisieren. In dem Rundschreiben heißt es u. a.:

„Der Vorstand des Reichsverbandes hat in seiner Sitzung vom 25. Oktober d. J. beschlossen, den Bezirksvereinen Richtlinien dahingehend zu erteilen, alle Mitglieder aufzufordern, ihre Angestellten vor einer Beteiligung an dem Verband sozialer Baubetriebe zu warnen, denn die Beteiligung an einem derartigen Unternehmen, welches sich die Berechtigung des Bauunternehmertums zum Ziele gesetzt hat, bedeutet eine Beteiligung an einem Konkurrenzunternehmen, welche zur fruchtlosen Entlassung berechtigt. Jeder Angestellte, der sich nicht der Gefahr aussetzen will, seine Stellung zu verlieren, sollte darauf bedacht sein, sich von einer Beteiligung an dem Verband sozialer Baubetriebe fernzuhalten.“

Die Techniker werden nun diesen Einschüchterungsversuch nicht allzu tragisch zu nehmen brauchen. Denn im Ernst kann wohl der Vorstand des Reichsverbandes des Deutschen Tiefbaugewerbes nicht daran glauben, daß die finanzielle Unterstützung der Bestrebungen des Verbandes sozialer Baubetriebe durch Zeichnung von Darlehensscheinen „zur fruchtlosen Entlassung wegen Beteiligung an einem Konkurrenzunternehmen“ berechtigt. In der letzten Zeit sind bekanntlich die Aktien der verschiedenen Baugesellschaften außerordentlich hoch gestiegen. Was geschieht nun vom Reichsverbande, wenn z. B. ein Techniker, der bei der Firma Heilmann u. Wittmann beschäftigt ist, Aktien der Firma Wagh u. Freitag, W. Holzmann, Borsum u. Knauer oder gar des Haberland-Konzerns erwirbt? Würde dann auch der Reichsverband seine Mitglieder auffordern, jeden Angestellten auf die Gefahr aufmerksam zu machen, die Stellung zu verlieren und mit der fruchtlosen Entlassung zu drohen, weil in dem Erwerb einer solchen Aktie „die Beteiligung“ an einem Konkurrenzunternehmen gegeben sei?

Das Rundschreiben offenbart wieder den unbefruchteten Nachwillen des Unternehmertums, das nicht nur als Käufer der Arbeitskraft, sondern als Käufer des ganzen Menschen auftreten will. Die Proteste der Techniker gegen dieses Rundschreiben zeigen erfreulicherweise, daß sie gar nicht daran denken, sich vom Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes oder von irgendeiner anderen Unternehmerorganisation über die zweifelhafte Verwendung ihres sauer verdienten Lohnes Vorwürfen machen zu lassen. Die Zeiten sind heute andere geworden, als sie vor dem Kriege waren, und auch die deutschen Bauunternehmer müssen sich mit der für sie unbedenklichen Tatsache abfinden, daß die technischen Angestellten einschließlich der leitenden Techniker immer mehr zu der Ueberzeugung kommen, daß es im Interesse des Volksganzen liegt, die Bauwirtschaft gemeinnützig umzustellen.

## Die Neuregelung der Beamtenegehälter.

Berlin, 13. Januar.

Zu dem Verhandlungsergebnis über die Neuregelung der Gehälter bzw. Löhne der Beamten, Angestellten und Staatsarbeiter, wird uns von gewerkschaftlicher Seite noch folgendes mitgeteilt:

„Die Arbeiter, soweit sie unter die abeschlossenen Reichslohntarifverträge fallen, erhalten eine Aufbesserung ihres Stundenlohnes in einer Höhe, die ausdehnend weit hinter dem zurückbleibt, was sie erwarten können. Nicht besser ergötzt es den Beamten, die ebenfalls, soweit es sich um die Höhe der Gehaltszulage handelt, nicht befreit sein dürfen. Es kann hier darauf verzichtet werden, zum laudabilsten Male anzugeben, daß das Einkommensminimum für die unteren Gruppen durch keine der bisherigen Einkommensregelungen gesichert wird. Wichtig ist, daß für die Beamten eine Konzeption prinzipieller Natur gemacht wurde, die durchaus im Sinne der von den Gewerkschaften seit langer Zeit erhobenen Forderungen liegt. Neben dem gleichmäßigen, proportionalen Generalsatz, der durch seine unveränderten Prozentsätze in oft große Minderungen in den Beamteneinkünften resultiert, kommt ein neuer Bestandteil des Gehaltes hinzu, der ihrem Bestehen ohne Unterschied einen runden Jahresbetrag zur Verfügung stellt. Dadurch, daß der Generalsatz von diesem gleichmäßigen Betrag bei den höheren Stufen bedeutend mehr wegnimmt, als bei den unteren, wird sozial ausgeglichen. Der jetzt bewährte Ansatz nur in einem auf ansehnlichen Entlohnungen, wodurch dem die Sicherung des Einkommensminimums tatsächlich erreicht werden kann. Was also der jetzt zu Ende geführten Bewegung die große Bedeutung ist, ist nicht der Wert der ausserordentlichen Milliardenbeträge, sondern die Tatsache, daß endlich ein Anfang zu dem Aufbau eines neuen Wohlstandes in Deutschland gemacht wurde. Auch für die Arbeiter ist die allgemeine Stundenzulage nur der erste Schritt zu den notwendigen Lohnverbesserungen. Die bis jetzt in verschiedenen teureren Orten erfolgten Uebererhebungsmaßnahmen sollen eine gründliche Reformierung in dem Sinne erfahren, daß die Einkommenverhältnisse der höheren Stufen der Privatindustrie angepaßt werden, was von Korrekturen bei den unteren Stufen nicht zu erwarten ist. Die Lohn- und Gehaltsfragen sind eine weitere große Aufgabe.“

Darüber, daß die Neuregelung der Gehälter eine grundsätzliche Verbesserung der Arbeiter, Angestellten und Staatsarbeiter herbeiführt, besteht kein Zweifel. Deshalb bringt die Neuregelung den Beamten im Durchschnitt den gleichen Betrag wie den Arbeitern. Ganz autarkisch betrachtet ist die Einkommensverbesserungen auf die Arbeiter, die Diener und die im Vorbereitungsdienst Beschäftigten. Keiner erheben sich entsprechende Forderungen für die Beamten, Arbeiter und Diener. Eine bewundernde Erscheinung bei den letzten Verhandlungen war die Fähigkeit, einen einmütigen Entschluß der Verhandler einziger Spitze zu erreichen. Dadurch brach die Verhandlung nicht in Streitigkeiten und es darf mit Aussicht gerechnet werden, daß die langwierige demokratische Erörterung der Vertreter der verschiedenen deutschen Gewerkschaften und der verschiedenen Verbände es ermöglichte, die gemeinsamen Interessen wieder herzustellen. Das Einmütigkeit, Gewerkschaften auf einer Linie zu machen werden die Organisationen in der Zukunft mit der Notwendigkeit nicht off zu stellen können, eine solche Linie zu ziehen, einen einheitlichen Standpunkt zu erheben. Die Tatsache, daß die Verhandlungen auch diesmal mit einem immerhin bemerkenswerten Erfolg abgeschlossen sind, ist ein Zeichen, daß die Gewerkschaften, die Arbeiter, die Beamten und die Diener, die sich in der Vergangenheit als einmütige Fronten gegenüber den Arbeitgeberverbänden und dem Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes gezeigt haben, nunmehr in der Lage sind, die Interessen der Arbeiter, Angestellten und Staatsarbeiter zu vertreten. Eine solche Frontenstellung ist eine notwendige Voraussetzung für den Bestand einer solchen Organi-

tion haben. Was uns in den gewerkschaftlichen Kämpfen der Gegenwart Erfolge gebracht hat, und das ist die Einheitsfront des gesamten Personals, muß als ein kostbares Gut der Zukunft nicht nur erhalten, sondern noch mehr gefördert und gefestigt werden.

## Änderung des Reichsbankgesetzes.

Berlin, 13. Januar.

Zum zweiten Male seit einem Jahre steht eine Änderung des Reichsbankgesetzes bevor. Bei den großen Währungsschwierigkeiten, denen Deutschland infolge der Nachwirkungen des Krieges und infolge der Reparationsverpflichtungen ausgesetzt ist, sind diese Veränderungen im Geschäftsbereich des Zentralnoteninstituts auch für die Arbeiterschaft von größtem Interesse. Der vorliegende Gesetzentwurf, der soeben vom Reichstag verabschiedet worden ist und dem Reichstag zur Beratung zugeht, erlaubt der Reichsbank, in ihren Bilanzen auch dasjenige Gold als Kassenbestand aufzuführen, das sie aus irgend welchen Gründen bei einer ausländischen Zentralnotenbank hinterlegt hat. Jedoch gilt diese Bestimmung nur dann, wenn dieses im Ausland hinterlegte Gold jederzeit zur Verfügung der Reichsbank steht. Die bisherigen Bestimmungen des Bankgesetzes lauten hinsichtlich darauf, daß in Deutschland die Goldwährung gilt. Vor dem Kriege hatte ja die Reichsbank die Verpflichtung, die ihr eingereichten Banknoten jederzeit in gemünztes Gold umzuwechseln, und sie mußte zu diesem Zweck genau umschriebene Reserven als Deckung bereit halten, unter denen gemünztes Gold und Gold in Barren die Hauptrolle spielten. Von dieser Goldwährung ist in Deutschland nichts mehr zu spüren. Die Einlösungspflicht für Banknoten ist seit dem Kriege außer Kraft gesetzt, und das Geldzeichen, das wir heute Mark nennen, hat zu dem Gold keine bestimmte Wertbeziehung mehr. Als drückend erweist sich nun heute die Bestimmung, daß nicht nur Gold im Besitze der Reichsbank sein muß, sondern daß dieses Gold ausdrücklich an ihre Kassen gebunden ist. Nun haben die Reparationsverpflichtungen und ihre Bezahlung auf dem internationalen Geldmarkt bekanntlich ungeheure Erschütterungen hervorgerufen. Der Leidtragende war letzten Endes die deutsche Mark, deren Auslandswert von spekulativen Machenschaften um so abhängiger wurde, je mehr deutsche Papiermark zum Erwerb fremder Devisen verwandt werden mußte und so im Auslande den Umlauf deutscher Geldzeichen verstärkte. Damit aber nicht genug: Das Ausland wußte, an welchen Stichtagen die großen Zahlungen fällig wurden, wie groß diese waren, und konnte sich an Hand dieser Tatsachen leicht berechnen, wann das Deutsche Reich als Käufer fremder Devisen in großem Umfange sich betätigen mußte. Die Spekulation hatte so leichte Arbeit, und man braucht nur an den Monat November zu erinnern, wo der Dollar über 300 hinausschlug, um die vernichtenden Folgen dieser Tatsache auf die deutsche Kaufkraft zu ermessen.

Nun ist den Vertretern der deutschen Reichsbank gelungen, bei der Bank von England die Erlaubnis zu erwirken, gegen Hinterlegung von Gold Kredite bei dieser oder auch bei anderen Zentralbanken in fremder Währung aufzunehmen. Zu diesem Zwecke muß ein Pfandkonto eröffnet werden, das die Reichsbank durch Devisendarlehen in Anspruch nehmen kann. Erreicht wird damit auch, daß sich die an die Entente zu zahlenden Devisenmengen gleich an der Stelle sammeln, wo die Zahlungen fällig sind, und daß eine Reihe von Umweltungsoperationen, die jetzt am internationalen Geldmarkt immer sehr deutlich zu spüren sind, erspart bleibt. Auch andere Banken haben sich bereit erklärt, Devisen vorzutraden, wenn die Bank von England als Pfandhalter für die von Deutschland als Sicherheit gestellten Goldbeträge auftritt. Ebenso haben sich auch mehrere neutrale Banken bereit erklärt, ein ähnliches Konto für Deutschland zu errichten, so daß in der Tat durch die Bereitstellung von Goldbeträgen der Kreditverkehr der internationalen Zentralnotenbanken außerordentlich erleichtert wird, wodurch die deutschen Devisenkäufe nicht mehr so sehr von den Schwankungen des internationalen Geldmarktes abhängig bleiben, wie sie es bisher sind. Würde nun die Reichsbank die für solche Transaktionen benötigten Goldbeträge aus ihrer Bilanz streichen, so würde im Auslande der Eindruck erweckt werden, daß die Goldbestände der deutschen Währung noch weiter verkleinert werden. Das ist aber absolut unzutreffend. Diese Goldbestände bleiben — und dafür sind ausdrücklich Garantien gegeben — zur Verfügung der Reichsbank, wofür sie nicht gerade durch Kredite belastet sind. Die Kredite sollen der Reichsbank lediglich ermöglichen, die für die Reparationsverpflichtungen und auch für die deutsche Rohstoff- und Lebensmittelversorgung notwendigen Anläufe fremder Zahlungsmittel auf einen solchen Zeitraum zu verlegen, an dem nicht infolge irgend welcher Zufälligkeiten das Gebäude der internationalen Devisenkurse erschüttert ist. Die Reichsbank verwahrt sich ausdrücklich dagegen, daß sie etwa irgend welches Gold aus den jetzigen Beständen in den großen Topf der Reparationszahlungen wirft. Es ist durchaus unzutreffend, daß man in letzter Zeit behauptet habe, Reparationen mit Gold zu begleichen. Aus allen diesen Gründen liegt keine Veranlassung vor, diese lediglich zur vorübergehenden Verpfändung bereitgestellten und im Auslande deponierten, aber im Besitze der Reichsbank bleibenden Goldbeträge als verausgabt zu verbuchen. Sie werden — und das will das vorliegende Gesetz — weiter als Goldbestände geführt werden, damit die schädlichen Wirkungen ausgeschaltet, die auch eine nur vorübergehende und scheinbare Minderung der deutschen Goldreserven für die Beurteilung der Mark im Auslande herbeiführen könnte.

## Erfassung der Exportdevisen.

Von Dr. Fritz Juliusberger (Berlin).

Unsere gesamte Finanzpolitik ist auf Jahrzehnte hinaus von den Reparationsverpflichtungen abhängig. Inwieweit, aber auch nur inwieweit unterliegen wir finanziell dem Gebot der ehemaligen Gegner. Die Reparationsraten stellen ihrem Kennwert nach durchaus keine Erdrosselungen dar. Auch die steuerlichen Schwierigkeiten zur Ausbringung der Wiedergutmachungsbeträge wären nicht so unüberwindlich, wenn es nur von unserem guten Willen abhinge, daß die Zahlungen so erfolgen, wie es gedacht war: unter Voraussetzung einigermaßen paritätischer Währungen. Diese Voraussetzung ist aber nicht gegeben. Das Währungsmissverhältnis hat groteske Formen angenommen und dadurch eine scheinbar ziffermäßig begrenzte Schuld nicht nur in ihrer Höhe schwankend gemacht, sondern sie auch ins Überwichtige gesteigert; wobei immer wohl zu beachten ist, daß diese Ungeheuerlichkeit rein finanztechnisch dem Gläubiger jeder Vorteil noch Rechtteil bringt. Auf die Währungsparität bezogen empfängt er nur das Vereinfachte, auch wenn wir infolge unseres Währungssturzes ziffernmäßig

Das zwanzig- oder dreißigfache zu zahlen scheinen. Da der Reichshaushalt infolge dessen durch die Reparationsfrage in nicht geahnter Weise vom Stande der Währung abhängig geworden ist, erscheint die Währungsfrage jetzt fast noch wichtiger als das Steuerproblem. Denn es ist wohl zu beachten, daß die Steuern zum erheblichen Teil in Wegfall käme, wenn die Valutanot beseitigt wäre. In dieser Hinsicht haben aber einige wichtige Punkte noch keine Beachtung gefunden.

Da wir mit dem größten Teil der Rohstoffe vom Auslande abhängig sind, muß es an sich als das gute Recht der Industrie bezeichnet werden, Auslandsguthaben in solcher Höhe zu unterhalten, daß hinsichtlich des Einkaufs der Rohstoffe sachgemäß disponiert werden kann. Viel zweifelhafter ist schon, ob man den Exporteuren das gleiche Recht zugestehen soll. Zum mindesten müßte hier von den Exportgebern der Nachweis verlangt werden, daß sie Auslandsguthaben nur zum Zwecke des Einkaufs von Rohstoffen oder einfuhrwürdigen Fertigwaren unterhalten. Diese Frage, nämlich der Umfang der Notwendigkeit des Bestehens von Auslandsguthaben, bildet überkauf den Kernpunkt der Devisenmisere. Natürlich ist diese Forderung nicht neu, aber man hat bisher noch keinen geeigneten Weg gefunden, oder richtiger gesagt, beschritten, um dieses Uebel bei der Wurzel zu packen, und doch kann sich jeder bei einigem Nachdenken sagen, daß der Staat über die erforderlichen Machtmittel zur Erfassung der Exportdevisen verfügt.

Von den vielerlei Wegen, die in dieser Hinsicht denkbar sind, möchte ich hier die Aufmerksamkeit nur auf einen lenken, nämlich auf die statistischen Ausfuhrstatistiken. Bekanntlich ist für jede Ware, die ins Ausland geht, zu statistischen Zwecken ein entsprechendes Formular auszufüllen. Es wäre also nur notwendig, daß man von den statistischen Scheinen zu jeder Sendung vom Abfahrer noch ein weiteres Exemplar herstellen ließe und daß diese Duplikate an einer bestimmten Stelle, etwa bei der Devisenzentrale, gesammelt würden. Der Versender der Ware hätte dann ohne besondere Aufforderung innerhalb einer bestimmten Frist, etwa binnen drei Monaten, einen Beleg darüber einzureichen, daß das Auslandsguthaben für die gelieferte Ware entweder zur Beschaffung von Rohstoffen verwandt wurde oder ins Inland gegangen ist. Unter solchen Umständen muß also entweder eine Rohware oder das Geld selbst im Inlande wieder auftauchen. Was uns bisher fehlt, ist eine Einrichtung, die es ermöglicht, den Herren auf die Finger zu klopfen, wenn sie im Auslande sachte Riesendepots errichten. Die technische Möglichkeit einer solchen Einrichtung ist bereits dargetan. Eine Devisenzentrale hätten wir schon. Wir haben aber auch ein großes Reichszentralhauptbuch, in dem die Forderungen unserer Industrie an das Ausland registriert sind, nämlich das Reichsausgleichsamt. Da dessen Geschäfte allmählich zu Ende gehen, wäre also auch kein neuer Beamtenapparat erforderlich.

Man könnte auch daran denken, die vorerwähnte Kontrolle den Finanzämtern anzugliedern. Das wird jedoch nicht praktisch sein, weil dadurch die Organisation dieser Ämter noch unübersichtlicher wird und weil sie sonst mit ihrem eigentlichen Geschäft, der Steuerveranlagung, noch mehr in Rückstand geraten, als es jetzt schon der Fall ist.

Sodann wäre zu erwägen, ob nicht die Devisenfrage überhaupt auf eine völlig andere Basis gestellt wird, etwa in der Weise, daß das Reich selbst die Beschaffung der Rohstoffe aus dem Auslande als Monopol übernimmt, wenigstens der Rohstoffe, die im großen gebraucht werden, wie zum Beispiel Kupfer, Baumwolle usw. Damit würden allerdings einige Händlerkreise in ihrem Lebensnerv getroffen werden. Doch hätte dies trotz allen Geschreis nicht viel zu sagen, da die eigentliche werktätige Arbeit davon in keiner Weise getroffen wird und auch das Personal vom Reiche übernommen werden könnte. Allerdings müßte man dabei die Fehler vermeiden, die die Zentraleinkaufsgesellschaft gemacht hat und die im Kriege in so starkem Maße preistreibend wirkten. Doch dies ist mehr eine organisatorische Frage. Um die Rohstoffbeschaffung auf diese Basis zu stellen, müßte natürlich die Industrie entsprechende Guthaben, die sie an das Ausland hat, dem Reiche abtreten; etwa in der Weise, daß immer ein um 10 Prozent höherer Betrag abzutreten wäre, als die Rohstoffbestellung beim Reiche ausmacht. Damit würde dem Reiche ein Teil des Bewegungsgeldes geschaffen, das man für Auslandskäufe gebraucht. Dem ganzen Devisenschwindel wäre auf diese Weise endgültig das Wasser abgegraben.

Alle derartige Maßnahmen sind einschneidend und verlegen auch Privatinteressen, deren Berechtigung teilweise anerkannt werden muß. Man muß diesen Privatinteressen aber die verzweifelte Notlage entgegenstellen, die für die breite Masse kommt, wenn nicht eine ganz durchgreifende Abhilfe geschaffen wird. Noch wichtiger als der Gedanke ist seine Durchführung. Es kommt zu diesem Zwecke nur eine organisatorisch höchstbefähigte Persönlichkeit von äußerster Energie und Tatkraft in Frage. Muß entschieden zu bekämpfen wäre an dieser Stelle ein Mann, der in einem Sessel sitzt und sich Vorträge halten läßt. Auch der gerissenste Schieber, dem es etwa gelungen wäre, sich in diesen Organismus einzuschleichen, dürfte keine ruhige Minute haben.

Es ist dies nur ein Vorschlag von vielen, die sich machen ließen. Aber gerade die Herren, die aus eigener Erfahrung etwas zu sagen hätten, bleiben wohlweislich im Dunkeln, weil es ihnen sonst an das eigene so hoch geschätzte Portemonnaie gehen könnte. Dafür reben sie um so lauter mit dem Munde vom Vaterlande, dem sie großmütig etwas pumpen wollen.

### Dr. Roth's Abschied.

München, 12. Januar.

Einer der Hauptstützen des kaiserlichen Regimes, der ehrenwerte Justizminister Dr. Roth, ist in den einseitigen Aufstand verwickelt worden, aus dem er unter Verdacht des Regimeverrats nicht mehr zum politischen Leben zurückgerufen wird. Dr. Roth, auf dessen Konto die kaiserliche Katastrophenpolitik größtenteils zu setzen war, hat sich seit seinem unfreiwilligen Austritt aus dem bayerischen Ministerium fortgesetzt unliebsam bemerkbar gemacht. Es erschienen Notizen in der Presse, denen zufolge alle möglichen hohen Staatsämter für ihn frei gemacht werden sollten, kurzlich das Amt eines Regierungspräsidenten von Mittelfranken, dessen hochherdienter Inhaber keineswegs an einen Rücktritt dachte. Man wird nicht fehlgehen, wenn man die Pensionierung Dr. Roths auf seine rücksichtslose Streberlei zurückführt. Die sozialdemokratische Presse Bayerns, die sich seit Monaten mit dem parlamentarischen Zerbrechen der bayerischen Justiz eingehend beschäftigt hat, das ihrige dazu beigetragen, den deutschnationalen Scharfrichter in partikuläristisch-bayerischem Gewand zu Fall zu bringen.

So hat von dem politischen Dreigestirn Rath—Pöhner—Roth eigentlich nur der erste einen Abgang in Schönheit und Würde gefunden. Die beiden Letzteren sind im letzten Augenblick infolge ihrer großwahnsinnigen Uroganz auch von ihren eigenen Kreisen abgeschüttelt worden: Pöhner durch seinen „Abschiedsersatz“, der nach Ansicht der Staatszeitung keineswegs im Ein-

klang mit der guten alten Beamtentradition gestanden habe, Roth durch seinen gescheiterten Befestigungsversuch des kaiserlichen Regierungspräsidenten, einer Intrigue, die nach Ansicht mehrerer Blätter dem guten Fortkommen ins Gesicht schlägt. Man sieht, die Hinterlassenschaft Rohes ist gründlich faul gewesen!

# VOLKSWIRTSCHAFT

## Wirtschaftspolitische Rundschau.

Die Teuerung im Dezember 1921. — Ein interessantes Ergebnis der Preisprüfungsstelle Offenbach. — Der Getreidemarkt. — Der Ernteertrag. — Die Erneuerung des Kohlenyndikats. — Ein Kredit für Oesterreich.

Die Teuerung macht weitere Fortschritte. Wie nicht anders zu erwarten war, ist die Indexziffer, die das Statistische Reichsamt über die Kosten der Lebenshaltung aufstellt, im Dezember abermals erheblich gegen den Vormonat gestiegen. Während sie im November 1921 betrug, ging sie im Dezember auf 1550 hinauf, mithin eine Steigerung um 11 v. H. Stellt man einen Vergleich an zu dem billigsten Monat des vorigen Jahres, dem Mai, so ergibt sich eine Steigerung von 76,1 v. H. Die Indexziffer für Ausgaben auf dem Gebiete der Ernährung ist von 914 auf 1088, mithin um 9,1 v. H. aufwärts gegangen. Der Rückgang der Preise für Margarine und Schmalz hat insgesamt keine Herabsetzung der Indexziffer gebracht, da die anderen Nahrungsmittel, vor allem Hülsenfrüchte, Fleisch, Gemüse, Kartoffeln, im Preise erheblich aufwärts gingen.

Daß diese Preisbewegung in engem Zusammenhang steht mit der Entwertung der Mark im internationalen Verkehr, ist wiederholt dargelegt, immerhin spielt daneben auch die Ausnutzung dieser Situation durch unsolide Geschäftsmaginatoren eine nicht unbedeutende Rolle. Sehr interessant ist das Ergebnis einer eingehenden Recherche, die die Preisprüfungsstelle der Stadt Offenbach systematisch innerhalb 1½ Wochen vorgenommen hat und die sich auf eine große Anzahl Geschäfte des Kleinhandels erstreckte. Die geforderten Preise sind mit dem Einkauf verglichen worden und dabei ist als Ergebnis festgestellt worden, daß in sehr vielen Fällen der Preisaufschlag ein übermäßiger war. Die Ermittlung hat ergeben, daß etwa beim 4. Teil der aufgeführten Geschäfte so erhebliche Vermehrungen zu machen waren, daß Strafandrohung wegen Preiswunders erfolgen mußte. Das Beispiel der Offenbacher Preisprüfungsstelle sollte den andern zur Nachahmung dienen; denn es darf wohl angenommen werden, daß an anderen Orten die Verhältnisse ähnlich liegen.

Die Getreidepreise zeigen in der ersten Januarwoche eine weitere Erhöhung. Für Weizen wie Roggen war pro Zentner an der Berliner Börse Preiserhöhung um rund 10 Mk., für Mais ein noch höherer Aufschlag zu verzeichnen. Es ist möglich, daß die Bemühungen der Reichsgetreidestelle, im Inland einen Teil des Fehlbedarfes an Brotgetreide zu decken, etwas zu dieser Preisbewegung beigetragen hat. Dennoch wird sich gegen die Ansicht der Reichsgetreidestelle, das erheblich billigere Brotgetreide auf dem Inlandsmarkt im freien Verkehr zu erfassen, nichts einwenden lassen, besonders wenn die Einkäufe direkt unter Aufsicht des Handels geschehen. Bei den Einkäufen im Ausland bediente sich die Reichsgetreidestelle des Großhandels. Es darf mit Sicherheit angenommen werden, daß bei der Erledigung dieser Geschäfte der Getreidehandel ein sicheres und sehr nutzbringendes Geschäft betrieben hat. Aus den Marktberichten ergibt sich ein starkes Begehren der Brennereien nach Mais. Die Absicht, durch Maisverbilligung der Landwirtschaft vorteilhaft Futtermittel zuzuführen, ist zu einem erheblichen Teil nicht zur Ausführung gekommen, vielmehr sind leider die Maisbestände anstatt der Viehfütterung dem Brennereigewerbe zugeführt worden. Wäre nicht im Ernährungsministerium eine starke agrarische Tendenz vorhanden, so wäre wohl sofort die Verwendung des Mais im Brennereibetriebe, mindestens der Ankauf von Mais auf die Bezugsscheine der Landwirtschaft verboten worden. Das ist leider nicht geschehen. Die Bezugsscheine sind in die Hände des Handels gekommen, und in diesen Kreisen ist man sehr unzufrieden, daß nicht so präzise, wie sie es wünschten, die Belieferung mit verbilligtem Mais seitens der Regierung erfolgte.

Wir haben bereits in einer früheren Betrachtung darauf hingewiesen, wie ungewandmäßig die teilweise Zwangsbewirtschaftung des Brotgetreides in diesem Jahre zur Ausführung kam. Wie recht wir mit unserer Auffassung hatten, ergibt sich aus folgendem:

Nach den amtlichen Ermittlungen hatten wir eine Weizen- und Roggenerte in Jahre 1921 im Gesamtbetrage von 9,7 Millionen Tonnen gegen 14,1 Millionen Tonnen im Jahre 1913, wobei im Vergleich gestellt ist das gegenwärtige Gebiet des Deutschen Reiches. Trotz der sehr erheblichen Differenz in der Erntemenge würde sich immerhin ergeben, daß der Bedarf für die Belieferung an Brot nach den Nationen der Brotkarte eine Anforderung von 4,5 Millionen Tonnen stellt, mithin, wenn man die Ausfuhr und den Verbrauch der Landwirtschaft in Ansatz gebracht hat, ohne ausländische Einfuhr der dringendste Bedarf aus der heimischen Produktion im vergangenen Jahre bis Ende dieses Wirtschaftsjahres gedeckt werden konnte. Die Voraussetzung dafür wäre nur, daß nicht die großen Mengen im freien Verkehr aufgekauft werden und ein erheblicher Teil durch die Viehfütterung der menschlichen Ernährung verloren ginge. Der Ertrag der Ernte zeigt gegen das Vorjahr ein erhebliches Mehr, denn die Schätzung des Ernteertrages ergab für 1920 nur 7,1 Millionen Tonnen. Es darf aus dieser Gegenüberstellung, wie aus der Zunahme der Anbaufläche für Brotgetreide gefolgert werden, daß die landwirtschaftliche Produktion sich durchaus im Aufstiege befindet, wobei man natürlich nicht verlangen darf, daß man in einer verhältnismäßig kurzen Zeit auf Friedenserträge hinaufkommt. Im übrigen ist bei allen diesen Schätzungen immer zu berücksichtigen, daß die Angaben der Landwirtschaft die Tendenz haben, den Ernteertrag niedriger anzugeben, als er in Wirklichkeit ist, solange noch ein Teil des Ertrages abgeliefert werden muß. Im Hinblick auf die Ernte muß gefordert werden, daß in diesem Jahre keine Rede davon sein dürfe, die Zwangsbewirtschaftung vollständig aufzuheben, denn der Brotpreis würde bei vollständiger Aufhebung der Zwangsbewirtschaft und bei dem gegenwärtigen Stand der Mark bis auf 20 Mark und darüber steigen. Das wäre politisch und volkswirtschaftlich unerträglich.

Das rheinisch-westfälische Kohlenyndikat wird in nächster Zeit vor die Frage der Weiterführung der bisherigen Organisation gestellt. Natürlich haben die Interessenten gegenwärtig keine allzu starke Neigung, diese Organisation aufrecht zu erhalten, da sie im wesentlichen ja dem Zweck dient, bei einer Ueberproduktion preisregulierend und produktionshemmend zu wirken. Das Erstere ist nicht mehr vollständig in das Belieben des Syndikats gegeben, weil der Kohlenwirtschaftsrat die Entscheidung darüber trifft, allerdings in Anlehnung an die Vor-

schläge des Syndikats. Die zweite Frage kommt nicht in Betracht, da eine Ueberproduktion für absehbare Zeit nicht zu erwarten ist, im Gegenteil wir stark unter einem Mangel in der Kohlenbelieferung leiden. Der Kohlenwirtschaftsverband mit seiner Verteilung ist aber unbedingt ohne weitere Aufrechterhaltung des Syndikats, wobei zu erörtern wäre, ob der gegenwärtige Zustand, der den Hüttenbesitzern einen Vorteil im eigenen Verbrauch von Koks und Kohle gewährt, aufrecht erhalten werden kann; denn diese Bevorzugung schädigt alle diejenigen Unternehmungen, die nicht in Verbindung stehen mit einer Kohlenzeche. Die Bestrebungen im Kohlenyndikat gehen aber darauf hinaus, diese Vergünstigung noch zu erleichtern. Das Verlangen wird aus allgemeinem volkswirtschaftlichen Gründen keine Förderung erfahren dürfen.

Die österreichische Regierung bemüht sich seit langem, gedrängt von einer verzweifelten finanziellen Kollage, von der Existenz die Gewährung eines Kredites zu erlangen. Wie mitgeteilt wird, besteht die Absicht, über die Tschechoslowakei Oesterreich einen Kredit von 500 Millionen Kronen zu gewähren. Diese Finanztransaktion ist nicht zuletzt eine Hilfe für die Tschechoslowakei, die diesen Kredit ausnützen wird in der Belieferung von Zucker und Kirsche. Wir haben in der vorwöchigen Uebersicht bereits auf das Handelsabkommen zwischen diesen beiden Staaten hingewiesen. Die fehlende finanzielle Grundlage wäre durch einen solchen Kredit gegeben.

Die österreichische Regierung hat dem Nationalrat einen Gesetzentwurf unterbreitet, der die Erfassung der Börsen Gewinne zur Aufgabe hat, und der auch für uns ein großes Interesse beanspruchen wird. Bei den enormen Kurssteigerungen im letzten Vierteljahre des vorausgegangenen Jahres wurde auch bei uns in der Presse die Anregung gegeben, die Kursgewinne, die beim Verkauf von Papieren an der Börse entstehen, steuerlich zu erfassen. Das Reichswirtschaftsministerium ist diesen Anregungen sofort nachgegangen, hat aber, soweit wir unterrichtet sind, bisher mit seinen Bemühungen keinen Erfolg gehabt. Umso wichtiger ist es, daß Oesterreich, das finanziell noch immer ungünstiger steht als Deutschland, zu diesem entscheidenden Schritt ausholt und die Gewinne, die bei Valuten, Devisen oder Effekten erworben werden, besteuern will. Ohne Unterschied soll die Besteuerung eintreten, ob die Veräußerung an oder außerhalb der Börse sich vollzog. Die Steuer soll 10 Prozent bei Valuten und Devisen, 5 Prozent bei Effekten betragen. Dieser Steuersatz soll sich verdoppeln, wenn zwischen Erwerb und Veräußerung nicht sich mehr als 1 Monat liegt, und es entfällt die Steuer, wenn der Ankauf über 1 Jahr zurückliegt. Man will also die kurzfristigen Spekulationsgeschäfte auf diesem Wege steuerlich stärker erfassen. Es wäre zu wünschen, daß im Finanzministerium sehr eingehend geprüft wird, ob diesem Projekt nicht auch in Deutschland nachgegangen werden kann. In weiten Kreisen der Bevölkerung würden diese Bemühungen eine sehr lebhaft Zustimmung finden.

### Diebmärkte.

#### Schweinemarkt.

Hamburg, 13. Januar.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein. Geschäftsstelle am Hamburger Schlachtviehmarkt, wird uns mitgeteilt:

	Preis für 100 Pfund Lebendgewicht
beste, schwere, reine Ware über 250 Pfund	1525—1600 Mk.
mittelschwere Ware, über 220 Pfund	1450—1550
gute, leichte Ware von 180 bis 220 Pfund	1300—1450
geringere Ware	1100—1200
beide Sorten	1300—1400
geringere Sorten	1150—1250

Marktfuhr: 5400 Stück. Der Handel verlief bei sehr starkem Auftrieb flau. Die Biere mußten erheblich nachgeben. Durch die Landw.-Kammer wurden 450 Stück verkauft.

### Devisen-Kurse.

Berlin, 13. Januar.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.		13. Jan.	12. Jan.
Amsterdam	100 fl.	6993.—	6853.80
B.üssel (Antwerpen)	100 Frs.	1476.—	1438.55
Kisunania	100 Kr.	2987.—	2822.15
Kopenhagen	100 Kr.	3-04.65	3021.35
Stockholm	100 Kr.	4735.25	4505.45
Helsingfors	100 finn. Mk.	348.65	335.15
Rom	100 Lire	820.15	780.70
London	1 £	801.65	764.20
New York	1 Doll.	189.56	180.81
Paris	100 Frs.	1537.45	1497.50
Zürich	100 Frs.	3681.30	3496.50
Madrid	100 Pesetas	2587.15	2397.80
Wien	100 K.	6.88	6.13
Budapest	100 K.	30.06	29.27
Prag	100 K.	35.65	288.20

### Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer	Segler	Schiffname	Kapitän	Vertunftsport	Fahrtzeit	Leg	Geb.
Angekommen am 13. Januar.							
D.	Georg	Ramm	Alshagen	Kopenhagen	2	29	
D.	Gefion	Oblog	Stobolm	Stockholm	2		
E.	Warta	Behrmann	Stobolm	Stockholm	8		
Angekommen am 14. Januar.							
D.	Magdalene	Fischer	Red	Sarpsborg	2½		
E.	Otto	Joppen	Engelmann	Ronau	2		
D.	Gleimock	Carlson	Wigtaot	Kopenhagen	1		
D.	Otto	Joppen	12 Reder.	Kopenhagen	2		

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Weber; für Freiheit Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Geschäftsanlagen August Schulz; für Literatur Heinrich Steinberg; Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.



## Freistaat Lübeck.

Sonntagabend, 14. Januar.

### Des Morgens in der Früh!

Wenn so gegen 6 Uhr und noch früher im Arbeiterhaushalt der Wacker rassel, dann erhebt sich vom Lager zuerst sie, die am Abend die letzte war: die Hausfrau. Vielfach läßt sie die Unruhe über liegende Arbeit gar nicht warten, bis das Glöcklein ausgeklungen. Es gibt immer noch etwas zu klopfen oder fäden. Und wenn im Kaffeekessel singt, dann schirren auch die Brummer schon in der Küche herum. Der eine will die Schühbürste just zur selben Zeit, in der sie der andere gerade braucht, dieser muß unbedingt den Wasserhahn drehen, wenn jener die Schüssel vollsaufen läßt, und schließlich wird das Spiegeln an der Wand noch mißhandelt, bis es die Schönsten von allen begrüßt. Nach dem Frühstück bricht Mag, der es immer in der allerletzten Minute eilig hat, Karl faucht ihn an, weil ihm die vollgeleitete Kaffeetasse vor der Nase weggeschleppt wird. Der Kleinsten sucht piepend im Winkel nach seiner Mütze, denn aus dem dunklen Hausflur herauf hallt es in kreischendem Ton und paukenlos: Erwin, Erwin! Unverzagt schneidet die Mutter Bemme um Bemme, die schneller als sie zurechtgemacht sind zwischen blauen Zähnen und in den Taschen verschwunden. Nach einer guten halben Stunde verflüchtigt sich das gegenseitige Stöhnen, einer nach dem andern verduftet, und wenn der Allerzögste mit einem „Servus“ den Drücker zuschnappen läßt, kommt auch für die Vielgeplagte eine Atempause.

Was kümmern sich die eben im Morgengrauen zur Arbeit oder Schule Dahinschreitenden, was zu Hause in den nächsten Stunden wird. Sie heißen am Mittag ihr Essen; woher es genommen und wie es zusammengetragen wird — zu was hat man denn eine Mutter! Mag sie sich den Kopf darüber zerbrechen, es klappt sich auch so ohne diese Gedankenlast ganz lustig im Schnee.

Nur mir marschieren fünf in einer Reihe. 8., 9., 10., 12-jährige, die Hände in den Taschen, das Mäulchen auf. Die Erlebnisse des Vorabends müssen los vom Herzen, und was heute geschehen soll, muß durchgehelt werden. Wartet man denn umsonst unten an der Hausmauer bis die Korona bellamen ist und läßt sich nahregnen oder den Wind um die Nase wehen? ... Mensch, was sind wir gestern den'n Abgang herabgesetzt. ... ja, un as de Gröne kom, is Wohl'n in de Lehnhühl plumpst. Doch kregen heit hei uns doch nich. ... Aberst will wölln wir erst schlittern.

Im Vorgefühl des kommenden Glüdes stampft die Reihe vorwärts, die Außenseiter feste über die im Wege liegenden Schneemassen hinweg, immer kiefer hinein, um ja auch Reihe zu halten und kein Wort von den Sprechern zu verlieren. Nur der Kleinste, dessen Augen von dem Gehörten selbst im Halbdunkel vor Freude blitzen und funkeln, kann die Beiden nicht mehr im Gleichschritt halten. Er trippelt im Lausfchritt hinterdrein. Da überfällt ihn die Angst, sein dünnes Stimmchen quiesst: „Sullt woll hii noch Regen geben?“ — „Jaaa, wenn de Wind sid dreihl kannst woll möglich wes'n“ hallt es prompt und lachend zurück. ... Aufgeschreckt und verängstigt drängeln sich zwei kleine Mädchen auf die Seite. — Was, will der Bengel wirklich das unschuldige Dingchen mit dem Neuschnee bekannt machen? Das würde selbst meine Freude über die Morgenfrische dieser munteren Schar vernichten. ... Ich muß mich aber korrigieren. Es machens nicht alle so wie wir es taten. Der linke Arm des Aeltesten biegt sich nur leicht um das kapuzenverhüllte Köpchen, es bedeutete eine freundliche Liebstosung der ängstlichen kleinen Nachbarin. ... Schon gibt der Aelteste wieder den Gleichschritt der Fünfe an, an der Ecke biegen zwei nach der Schule ab, die anderen stampfen weiter, kramen aus den Köpchen unermüdlich neue Streiche heraus, und schaffen dadurch unbewußt Platz für Bruchrechnungen, Lektionen und was weiß ich, was alles ausgetiffelt wird, um überschäumende Lebenslust auf Stunden zu bändigen. XX.

### Zur Anschlussfrage der Provinz Lübeck.

Nicht jeder ist sich sofort klar, welche Vorteile ihm eine Vereinigung von Stadt und Provinz Lübeck bringen würden. Es seien deshalb einige Beispiele aus dem praktischen Leben herausgegriffen. Vor gar nicht langer Zeit hatte die Stadt Schwartau trotz der günstigen Wirtschaftslage etwa ebenso viele Erwerbslose, wie die unerschultermäßig größere Stadt Lübeck, nämlich nicht ganz 200. Der Arbeitsnachweis Lübeck weist zwar Schwartauern, die bereits in Lübeck gearbeitet haben, Arbeit nach, durch eine Vereinigung von Stadt und Provinz Lübeck würde jedoch eine grundlegende Aenderung der Organisation des Arbeitsnachweises möglich sein. Eine zweckentsprechende Organisation, die jetzt durch die Landesgrenzen verhindert wird, würde es ermöglichen, daß den Erwerbslosen aus der Provinz Lübeck der aufnahmefähige Arbeitsmarkt der Stadt Lübeck uneingeschränkt zugänglich gemacht würde. Ein Zurückgehen der Zahl der Erwerbslosen in den Ortshäufen der Provinz Lübeck wäre die Folge.

Wehlich liegen die Verhältnisse auf dem Gebiet des Versorgungswesens. Das zuständige Versorgungsamt für die Provinz Lübeck liegt in Neumünster. Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene müssen sich in allen Angelegenheiten nach dem entfernteren Neumünster wenden, was namentlich bei der starken Fahrpreiserhöhung nach dem 1. Februar sehr ins Gewicht fallen wird. Bei einer Vereinigung von Stadt und Provinz Lübeck ließe sich die Zuständigkeit des Versorgungsamtes Lübeck auch auf die Provinz Lübeck ausdehnen, was von allen Rentenempfängern nur als vorteilhaft empfunden werden wird, denn aus der gesamten Provinz Lübeck sind die Bahnverbindungen nach der Stadt Lübeck näher und besser als nach Neumünster.

### Die Arbeitszeit im Bäckereigewerbe.

Ein wichtiger Schöffengerichtsentcheid.

Am Freitag mußte sich der Inhaber der Hansa-Bäckerei, Herr Junge, vor dem Schöffengericht verantworten, weil in seinem Betrieb gegen die Verordnung über die Arbeitszeit im Bäckereigewerbe verstoßen ist. Nach dieser Verordnung darf in der Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens in Bäckereien nicht gearbeitet werden. Herr Junge hatte aber einen Bäcker schon von 4 Uhr morgens ab mit dem Anheizen des Ofens und mit Vorarbeiten zur Herriichtung des Teiges beschäftigt und war deswegen mit einem Strafmandat von 100 M. bedacht worden. Gegen diese Strafverfügung hatte er Berufung eingelegt, so daß die Sache vor dem Schöffengericht zur Verhandlung kam. Der Angeklagte hielt diese Vorarbeiten zur Herstellung von guter Ware für unbedingt erforderlich; andererseits aber auch darum, damit die um 6 Uhr zur Arbeit erscheinenden Bäcker voll beschäftigt werden könnten. Durch Zeugnisaussagen wurde festgestellt, daß im hiesigen Bäckereigewerbe zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wiederholt über die Einhaltung der gesetzlichen Arbeitszeit verhandelt worden ist. Es wurde im Einverständnis des Polizeiamtes eine aus Geheilen und Meistern bestehende Kontrollkommission gebildet, welche die Aufgäbe hat, die Betriebe zu revidieren und Verstöße gegen die Bäckereiverordnung zur Anzeige zu bringen. Solche Verstöße sind in der Hansa-Bäckerei zweimal festgestellt und daraufhin Anzeige erstattet worden. Während der Zwangswirtschaft war die vorerwähnte Arbeitszeit strikte eingehalten worden. Mit der teilweisen Einführung der freien Wirtschaft setzte aber die Konkurrenz ein; viele wolkten morgens möglichst früh frische Semmel zum Verkauf bringen. Es wurde u. a. auch Herr Puls, der Mitglied der Kontrollkommission ist, als Zeuge vernommen. Er hielt die gesetzlich freigegebene Zeit von 6 Uhr morgens bis 10 Uhr abends für völlig ausreichend zur einwandfreien Herstellung sämtlicher Backwaren. Es könnten auch schon um 8 Uhr morgens frische Semmel fertig sein, ohne daß

schon früher als 6 Uhr mit der Arbeit begonnen werde. Herr Junge führe einen Kampf gegen die Verordnung und habe fortgesetzt dagegen verstoßen, während die übrigen Großbäckereien, auch die anderen Städte, sich nach der Verordnung richteten. Der Rechtsbeistand Junge, Herr Dr. Wittern, hielt eine Verteidigungsrede mit starkem politischen Einschlag. Die neue Zeit mit dem neuen Geist und den neuen Gesetzen paßt dem deutchnationalen Herrn in dieser Hinsicht nicht. Die alte Zeit, wo es morgens um 5 Uhr schon frischen Semmelgeruch in den Straßen gab, war viel schöner. Aber alle Bemühungen des Herrn Dr. Wittern blieben erfolglos. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 100 Mark Geldstrafe. In der Begründung wurde u. a. ausgeführt, daß nach den Bestimmungen der Verordnung über die Arbeitszeit im Bäckereigewerbe jegliche Arbeit in der Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens verboten sei. Es dürfe somit auch keine vorbereitende Arbeit ausgeführt werden.

### Der Wohnungsbau in Lübeck im Jahre 1921.

Das Nachrichtenamt gibt folgenden Bericht an die Presse: Der Jahresabschluss gestattet einen Überblick über die Tätigkeit im Wohnungsbau. Die großen Anstrengungen, die von allen beteiligten Kreisen seit Kriegsende gemacht worden sind, der Wohnungsnot mit allen möglichen Mitteln Herr zu werden, haben im Jahre 1921 dazu geführt, daß Lübeck unter den deutschen Großstädten an führender Stelle stand. Die Anstrengungen auf den einschlägigen Wegen, das Mögliche zu erreichen, sind im vergangenen Jahre im vollsten Umfange fortgesetzt worden. Ob der Erfolg der gleiche sein wird wie im Vorjahre, kann erst festgestellt werden, wenn die Statistiken der übrigen deutschen Großstädte vorliegen. Doch das eine kann jetzt schon gesagt werden, daß auch im Jahre 1921 viel geleistet worden ist und wir einen großen Schritt vorwärts getan haben. Ein Merkmal in der Beschaffung von neuen Wohnräumen für das verlorene Jahre ist die große Zahl von Neubauten. Während im Vorjahre die Zahl der Notwohnungen verhältnismäßig sehr groß war (1920: 485, 1921: 176), hat sich das Bild jetzt sehr zugunsten der Neubauten verhalten und damit ist der Wohnungsbau auf eine achendere Basis gestellt. Der Einbau von Notwohnungen mit Hilfe von staatslicher Mitteln hat nachgelassen, weil die Einbaumöglichkeiten zum größten Teil erschöpft sind. Ebenso hat der Staat davon abgesehen, in diesem Jahre weitere freigewordene Baracken des Burgesblazarets für Wohnzwecke vorzusehen (1920: 107 Barackenwohnungen). Nach nicht zu ermäglichem war es, den Wohnungsbau wieder vollständig in die Hände der Privatarchitekten und Unternehmer zurückzuführen. Die immer noch sehr unzureichenden Verhältnisse auf dem Bauplatze im Zusammenhang mit der noch zurückgehaltenen Stetigerung der Mieten in den alten Häusern bieten dem Unternehmer noch keinen Anreiz zum Bauen. (Seit nun ist es denn Aufgabe eines städtischen Amtes, sich für den Privatkapitalismus und Bäckere Mieten einzusetzen? Red.) So ging auch in diesem Jahre wieder der große Zug zu den Siedelungen an. Hier wurde die Hauptarbeit geleistet. Es ist ein erfreuliches Bild, das sich uns an allen Seiten der Stadt bietet, ein Bild, das uns den wiedererwachten Arbeitssinn zeigt und Hoffnungen für die Zukunft erheben läßt. Überall regen sich fleißige Hände, Haus und Garten erheben zu laßen. So hat sich die Siedelung am Schellbruch erheblich vergrößert, wie auch die an der Dornbreite, an der Gärtnerallee, an der Brandenburger Chaussee, die in Moising, in Dummersdorf und Recke-Miendorf. Die größte Bautätigkeit erfaßte die „Gemeinnützige Siedelungsgesellschaft“, die in allen Siedelungen außerordentlich reue war und auch bezüglich Grundrissdurchbildung und Durchbildung der Anlagen manche gute Leistung auf ihr Konto buchen kann. Ebenso hat die „Heimstätten-gesellschaft“ in Moising und die „Ländliche Siedelungsgesellschaft“ in Dummersdorf eine Reihe guter Häuser fertiggestellt, wovon besonders der kleinste Typ, größte Beachtung verdient. Außerdem hat die Siedelungsgesellschaft „Heberkoppe“ mit ihren Arbeiten begonnen und einige Häuser fertiggestellt.

Ganz besondere Leistungen zur Besehung der Wohnungsnot sind in diesem Jahre von der Industrie zu verzeichnen. Das Hochfenwerk hat im Anschluß an seine schon bestehende Siedelung für Werftarbeiter weitere 11 neue Gruppenhäuser mit

## Eine dunkle Tat.

Roman von Levin Schücking.

2. Fortsetzung.

„Meiß hier, Anton, hier!“ rief Herr von Driese, der blaß geworden war und zu zittern anfang. Die Zweige des Gebüshes stöhnten sich und Lutz, der andre Hund, kam heraus mit blutigem, verschopenen Hinterlauf und hüpfte wüthend auf seinen Herrn zu. Gleich darauf wurden die taupfropfenden Äste höher noch einmal bewegt, schlugen auseinander und heraustrat der Hofrat, Freiherr von Rasterbach, mit verzerrten Miene, ohne Mütze, die Haare wild um's Gesicht und den Rücken seines Gewehrs an die Wange schlängelnd; hinter ihm stand lachend der lange Philipp.

Jetzt schrie Herr von Driese laut auf und nahm Reichhaus, Johannes hinter ihm her. Ein Schuß fiel. Fort, fort, Papa! rief Johannes. Papa bedurfte des Sporns nicht. Ein donnerndes Gohoh! schallte hinter ihm her.

„Mord, Mord!“ keuchte er und tief durch frischgepflügte Aderhöhlen, durch Gestrüpp und Doorn, über Gräben und Heden in die weite Welt hinein.

Der letzte Schuß war jedoch kein Mordversuch gewesen; es war Anton, der, wütend geworden über den Schmerz seines Lieblings Lutz, die gelbe Bracke des Hofrates tojtschossen hatte und dann gleichfalls davonlief, ins nächste Gebüsch hinein. Der Hofrat und Philipp folgten nun diesem in raschem Laufe. — Trosthem gönnte Herr von Driese sich fürs erste keine Ruhe. Johannes, der längste Beine hatte, fand endlich Spaß an dieser Jagd. — „Gnaden Papa“, sagte er:

„Wir fliehen die Grenze jetzt und hüße Vatermatten.“

„Schau einmal um, schau mal um“, sagte Herr v. Driese.

Johannes schaute um. — „Ich sehe niemand, Papa!“

Herr von Driese blieb stehen und holte Atem. „In der Tat, niemand!“ sagte er dann, nachdem er sein Auge hatte über die Gegend schweifen lassen. „Sie werden meinen, wir wären nach Grünsheldt gelaufen, und uns dahin folgen wollen; sie werden uns in unserm eignen Hause erschließen wollen. O canina rabies! Aber wart“, das soll euch betriegen. Johannes, da wir nun doch einmal auf dem Wege sind, so wollen wir gleich weiter gehen, bis nach Bechenburg; wir können heut' abend da sein. Dann hat der Waldteufel, der Mörder doch keinen Weg nach Grünsheldt umsonst gemacht!“

Johannes war's schon recht und beide wanderten weiter. Nach einer Weile hüß Herr von Driese wieder an: „Johannes, ich mag Bechenburg wohl!“

„Ja, Gnaden Papa, aber die Hexe!“

„Es immer besser als solcher Waldteufel. Ich denke, wir wollen auf Bechenburg fürs erste wohnen bleiben, Johannes.“

„Nein, Papa; auf Bechenburg erd lauter alte Birkenstämme.“

„Wemöhter Schlingel! sollen wir uns in Grünsheldt totschließen lassen?“

Johannes antwortete nicht; nach einer Weile Trabens sagte er: „Wenn Papa mir den falschen Friße schenkt.“

„Den falschen Friß? daß du ihn in drei Wochen zuzubanden reitest? Nichts da. Aber ein Sofa will ich dir auf Bechenburg anschaffen.“

Johannes gab keine Einwilligung anfangs nicht zu erkennen. Je mehr aber die beiden Wanderer fortschritten und je müder die Gliedmaßen des Junkers wurden, desto mehr Wert und Reiz bekam für ihn das gepolsterte Möbel, worauf das Versprechen des Vaters lautete.

Nachdem sie etwa noch zwei Stunden schweigend zurückgelegt hatten, hielten er endlich stehen, um auszuruhen und sagte dann äogernd: „Aber es muß von Rospaaren sein, Gnaden Papa!“

„O Zurkerlein, wie wird es dir ergehen!“ seufzte Herr von Driese.

Die beiden Reisenden schritten fürder. Nachdem sie in einer kleinen Stadt Mittagsruhe gehalten und sich gelabt, erhob sich ein Jank zwischen beiden, weil Johannes durchaus verlangte, daß man Extrapaß nehme, wogegen Herr von Driese einwandte, daß er erstens noch heute und zweitens ungeschickte Leibes und heiler Gliedmaßen auf Bechenburg ankommen wolle.

„Wer sich in Gefahr begibt, kommt darin um, Johannes“, sagte Herr von Driese.

Wege und Posten waren damals so, daß Johannes gegen diese Argumente endlich nichts mehr anzuführen wußte. Sie kamen nun in Westfalen hinein. Das Land zeigte sich ihnen anfangs von seiner schlechten Seite; es waren stundenlange Heiden, über die sie oft, um gerader zu gehen, auf wenig betretenen Schaferspfaden wandern mußten. Der Tag war heiß, und Herr von Driese mußte häufig stehen bleiben, um sich die Stirn abzuwischen. Endlich gegen Abend zog ein Gewitter am Horizont auf. Herr von Driese war durchaus kein Liebhaber dieser Naturerscheinung; das Toben der Elemente verführte alle seine Vorurteile an ihn umsonst, denn er verlegte Lirer und Läden liegen zu lassen und sich in den tiefsten Keller zurückzuziehen, um ein de profundis anzustimmen, solange er Gott in den Donner hörte. Und nun auf offener Heide! Er starrt weit, weit aus; der Sturm begann, schwere Tropfen fielen einzeln auf seine Stirn, dicke Staubschübel wehten über die Heide. Endlich ward der Saum eines Gebüshes erreicht, dessen Äste und Stämme gepreßt wurden, als seien es schlanke Korshalme. Johannes stellte sich unter einen der nächsten Wipfel, Herr von Driese aber hielt die Nase der hohen Bäume für zu gefährlich; er schritt wieder auf die Heide hinaus und legte sich der Länge nach in etw tief ausgefahrenes Wagengleis. Die Blitze schienen ihm alle bloß nach seinem Kopfe zu zielen, so nahe zuckten sie über die Erde hin. Ein stollender Donnerknall schmetterte in den andern; „Johannes, Johannes!“ rief Herr von Driese.

„Was soll ich, Papa?“

„Gott möge ihnen vergelten, was sie heute an mir tun.“ stöhnte der geängstete Schächer der Begnig, die in dem tiefen Weis von den Regengüssen nachgebildet wurde und um ihn rauschte — „O Johannes, mein lieber Sohn Johannes!“ — Johannes kam heran. — „So, Kind, du verlässest mich nicht; du sollst Vater und Mutter ehren, Johannes; komm, tritt hierhin, über mich, auf beide Ufer von diesem Geisse — mit gepreizten Beinen, so — etwas weiter die Beine auseinander, so!“

„Aber, was hilft's? Ich werde nach und Gnaden Papa auch.“

„Tut nichts, mein Sohn, werde nur la stehen, Kind.“

„Nein, Papa, laß mich unter den Baum zurück.“

„Meiß, sage ich, oder“ — fuhr Herr von Driese zornig auf;

dann bekreuzte er sich: „Gott verzeih' mir die Sünde!“

„Aber, Papa, wenn ich nur wüßte, was es bedeuten soll?“

„Sollst es erfahren, nachher; steh nur, steh!“

„Soll ich den falschen Friße haben, Papa? — Ich kann's gar nicht mehr aushalten.“

„Nimm ihn, nimm ihn, lieber Sohn, Herzensjunge, aber steh!“

Johannes stand, wie der Kolof von Rhodus im verjüngten Maßstabe, die Beine über seinen Vater spreizend, der unten im Geisse lag und nur zuweilen hin und her ruckte, wenn das Wasser in gar zu starken Glüssen auf ihn zubrodelte; so oft aber ein Blitz und fast im Augenblicke darauf der Donnerknall kam, schrie er vor Angst aus der Haut in die Höhe, wie ein Friß an warmen Sommertagen. So verging fast eine halbe Stunde, worauf die Zwischenträume zwischen Blitz und Donner länger wurden und das Rollen des letzteren aus knatterndem Rauseln in ein dumpfes und fernes Getöse überging.

„Gott sei Dank!“ sagte Herr von Driese; „laß mich jetzt aufstehen, Johannes!“ Er erhob sich; kein Schächername, der Säuberliche, war im eigentlichen Wortverstande beschmutzt, und alle Verjuche, ihn wieder zu Ehren zu bringen, blieben ohne Erfolg. „Papa“, sagte Johannes, und schenkte rechts und links keinen Hut, um das Wasser darauf zu spritzen; weshalb habe ich so stehen müssen, Papa?“

„Das will ich dir jetzt sauen, mein Sohn. Sieh, der Blitz trifft immer die höchsten Gegenstände und fällt an ihnen herunter in die Erde hinein, wo er den Donnerknall steden läßt. Hätte der Blitz nun heute hier einschlagen wollen, so wäre er unfehlbar in deinen Kopf, als den höchsten Gegenstand in der Nähe, geschlagen und hätte alsdann seinen weiten Verlauf durch deinen Leib, ferner durch eines deiner Beine genommen und das Bein hätte ihn ganz unfehlbar in die Erde abgeleitet.“

„O?“ sagte Johannes, voll Verwunderung über die tiefe Naturkunde seines Vaters. — „Aber, Papa, ich wäre doch totgeschlagen?“

„Lieber Sohn, du hättest das peidenwerte Los gehabt, für deinen Vater den Helidentod zu sterben; dulce est pro patre mori!“

„Aber 's nächstemal tu' ich's nicht wieder, Gnaden Papa.“

brummte Johannes.

(Fortsetzung folgt.)

Zusammen 58 Wohnungen gebaut. Zu den zweigeschossigen Wohnungen gehört ein kleiner Stall und dahinter etwas Gartenland, wozu dem Wohnungsinhaber an anderer Stelle noch Land zum Kartoffelbau zur Verfügung gestellt wird. Die Entwürfe zu diesen sehr anspruchsvollen Reihenhäusern, die auch farblich zu behandeln sind, stammen von dem Lübecker Architekten von Labigne. In ebenso großzügiger Weise erweiterte das Flenderwerk seine Siedelung am Rückländer Mühlenteich auf dem vom Staate erworbenen Gelände. Hier wurden in 22 Einzel- und Gruppenhäusern zusammen 60 Wohnungen neu geschaffen nach den Plänen eines Hamburger Architektenbüros. Das Travewerk baute durch die Wohnungsbau-Gesellschaft 1 Reihenhäuser mit 8 Wohnungen und 2 Beamtenhäuser mit 4 größeren Beamtenwohnungen. Durch den Bau dieser Arbeiterwohnungen ist der Staat erheblich entlastet worden. Gleichzeitig schafften sich die Industrien einen Stamm von Arbeitern in der Nähe ihrer Werke. Bemerkenswert ist hier, daß namentlich die Stellung am Rückländer Mühlenteich mit ihrer landschaftlich ungemüßelten Lage im späteren Zusammenhang mit Rückländer zweifelslos noch erheblich an Bedeutung gewinnen wird, wenn die Industriellensiedlung dieses Teils in derselben Weise wie bisher fortgeführt wird.

Der Staat hat in der Lauerhof- und Ziegelstraße zusammen 51 neue Zwei- und Dreizimmerwohnungen fertiggestellt, von denen ein Teil für die Angestellten der Staatsbank bestimmt war, während die übrigen verkauft sind. Zurzeit im Bau begriffen ist ein Haus mit 6 Wohnungen für Angestellte der Heilanstalt Strecknitz.

Die Gesamtzahl der fertigen oder im Bau begriffenen Wohnungen stellt sich auf

Wohnungen in Neubauten fertiggestellt	374
im Bau	105
Wohnungen als Umbauten fertig	19
im Bau	10
Notwohnungen in bestehenden Gebäuden fertiggestellt	176
im Bau	12

An staatlichen Mitteln wurden bewilligt und zum größten Teil ausgemacht an Baudarlehen für die Neubauten und Kosten für die staatlichen Kleinwohnungen zusammen 10 250 000 M., für den Einbau von Notwohnungen zusammen rund 2 100 000 M.

Die Bautätigkeit setzte im Anfang des Jahres sofort recht lebhaft ein und steigerte sich am Ende desselben bei dem Steigen der Materialpreise und Löhne ganz erheblich, so daß Arbeitslose im Baugewerbe nur in geringem Umfange oder gar nicht vorhanden waren. Bei dieser regen Bautätigkeit war es nötig, daß auf Antrag der Bauherren schon im Herbst des vergangenen Jahres neue Mittel in Höhe von 12 Millionen Mark für Baudarlehen für das Jahr 1922 bereitgestellt wurden. Hierfür liegen schon jetzt die Mittel vor, daß die Mittel kaum ausreichen werden. Ein Zeichen dafür, daß die Bautätigkeit auch in diesem Jahr ein Umfang kaum nachlassen wird, ist der durch ein weiteres sprunghaftes Heraufschließen der Materialpreise und Löhne noch eine Reihe von Bauvorhaben zurückgestellt werden müssen.

Belebter war im vergangenen Jahr auch der Bau von größeren Einfamilienhäusern, für welche ein staatliches Darlehen nicht in Frage kam, wenn auch hier noch ein starkes Zurückbleiben vorhanden ist wegen der unerschwinglich hohen Baukosten.

An die Postabonnenten! Verschiedene Beschwerdeführer unter unseren Postabonnenten benachrichtigen wir hierdurch, daß der Lübecker Volksbote täglich nachmittags 5 Uhr regelmäßig, pünktlich und in der richtigen Auflage zur Post gegeben wird. Wenn die verschiedenen Postanstalten oder Briefträger bei Reklamationen laßen, der Volksbote sei ausgelassen, so muß stets die betr. Postanstalt die fehlenden Nummern nachliefern. Andere Postabonnenten handeln also in allen Fällen richtig, wenn sie bei ihrer Post am Orte den Volksboten nachfordern.

Denkschrift. Der Senat hat aus seiner Mitte die Senatoren Dr. Stöck und Mehrlein zu Mitgliedern des Denkmalrates wieder gewählt und dem Senator Dr. Stöck den Vorsitz in demselben übertragen.

Namensverleihung. Der Senat hat dem Arbeiter Beier Heinrich Wilhelm Havemann genannt Schütz und den Eisenbrecher Wilhelm Hermann Friedrich und Carl Joachim Heinrich Havemann genannt Schütz den Familiennamen Schütz verliehen.

**Befreiung der Genossenschaften von der Umsatzsteuer.** Der Ausschuss zur Vorprüfung der Senatsvorlage, betreffend Nachtrag zum Gewerbesteuergesetz schlägt im Einvernehmen mit dem Senatkommissar folgende Fassung des Nachtrages vor: Das Gewerbesteuergesetz vom 14. Januar 1911 wird mit Wirkung vom 1. Oktober 1921 an wie folgt geändert: Der Paragraph 1 Absatz 2 erhält folgende Fassung: Der Gewerbesteuer sind nicht unterworfen: Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften sowie Vereine und Gesellschaften, sofern sie satzungsgemäß und tatsächlich ihre Tätigkeit auf den Kreis ihrer Mitglieder beschränken und keinen Gewinn unter die Mitglieder verteilen, auch eine Verteilung des aus dem Gewinn angefallenen Vermögens unter die Mitglieder für den Fall der Auflösung ausschließen. Nach einem Nachschickentwurf, der bereits in erster Lesung vom Reichstag angenommen worden ist, sind die Genossenschaften von der Zahlung der Umsatzsteuer befreit. Für die Befreiung trat in erster Lesung auch die Deutschnationale ein. Nunmehr aber wollen sie in zweiter Lesung durch einen Zusatzartikel die Konsumvereine — nicht aber alle Genossenschaften — wieder steuerpflichtig machen. — In Lübeck tagte am Donnerstagabend im Marmoraal eine von Konsumvereinsgegnern einberufene Versammlung, in der eine Protestresolution gegen die Freilassung der Konsumvereine von der Umsatzsteuer angenommen wurde. Alle Redner wandten sich scharf gegen den Konsumverein. Das ist aus Konkurrenzgründen schon zu verstehen. Die Einwände gegen den Konsumverein treffen aber ebensowenig zu, wie die Behauptung, daß dieser bevorzugt würde. Bisher wurde der Konsumverein im Gegensatz zu anderen Genossenschaften zu Unrecht befreit.

**Bautätigkeit.** Im 4. Vierteljahr 1921 sind nach den Feststellungen des Statistischen Amtes 113 (1920: 95) Häuser neu gebaut, und zwar 84 Ein- und 29 Zweifamilienhäuser. Die Zahl der in diesen Neubauten entstehenden Wohnungen betrug 142, von denen 8 je 1, 15 je 2, 77 je 3, 21 je 4 und 21 mehr als 4 Zimmer hatten. Durch Teiluna, Um-, An- und Aufbau wurden ferner noch 44 Wohnungen herbeigeführt und 5 befreit. Es sind hiernach im ganzen 181 (327) Wohnungen in Zugang gekommen. Der fortgeschriebene Wohnungsbestand der Stadt Lübeck erhöht sich hierdurch auf 31 193 Wohnungen.

**Bund für Erziehung und Unterricht.** Man schreibt uns: Ueber Schule und Art, insbesondere Pädagogik und Psychiatrie sprach am Mittwochabend im Bund für Erziehung und Unterricht Herr Oberarzt Dr. Cnae. In einem kurzen Ueberblick schilderte er die wichtigsten Tätigkeitsgebiete des Schularztes. Vor allem gilt seine Fürsorge der individuellen Beobachtung der Gesundheit des Schülers. Bei Feststellung der Schulleistungen, bei Schulkrankheiten, bei den der geistigen Unterdrückung, bei der Ausmaß mangelhafter Kinder, bei der Bekämpfung übertragbarer Krankheiten kann der Schularzt wichtige Dienste leisten. Insbesondere notwendig ist es, daß er bei der Aufnahme anormaler Schüler für die Hilfsschulen oder Heilanstalten Sorge trägt. Im zweiten Teil seines Vortrages stellte Herr Dr. Cnae die Grenzen zwischen der Arbeit des Arztes und der des Lehrers fest. Im allgemeinen wird man sich dahin entscheiden können, daß die Auswahl dem Arzte, die Ausübung seiner Vorlesungen und die Anordnung des pädagogisch notwendigen dem Lehrer zusteht. Am 31. Januar an wird Herr Dr. Cnae im Auftrage der Oberstudienbehörde für die Schulärzte, Lehrer und Lehrerinnen sowie die Beamten und Ehrenherren der öffentlichen Anstalten 5 bis 6 Vorlesungen über das Thema „Das anormale Kind mit besonderer Berücksichtigung der psychopathologischen Konstitutionen“ halten. Die Vorlesungen finden am Dienstag (Beginn am 31. Januar) um 6 1/2 Uhr in der Aula der Ernestinschule statt. Die Teilnahme ist unentgeltlich.

**Man der Schiffsahrt.** Die billige deutsche Konkurrenz. Aus Kristiana wird geschrieben: Die Reeder in Hagefund beschließen, ihre nach in Fahrt befindlichen Schiffe heimzurufen, um sie dann aufzuliegen infolge der niedrigen Frachten und der hohen Betriebskosten fahren die meisten Schiffe schon seit einiger Zeit mit erheblichen Verlusten, die auf die Dauer von den Reedern nicht getragen werden können. Hinzu kommt, daß sich die deutsche Konkurrenz immer härter bemerkbar macht. Während die norwegischen Tonnendampfer die Küstengewässer passieren müssen, ohne dort anzuliegen, weil es für sie dort nicht zu holen gibt, und die deutschen Dampfer stets voll beladen, besonders in der Fahrt zwischen Norwegen und Hamburg. — Norwegischer Schnelldienst nach Neuenorf. Die norwegische Amerika-Linie hat zwei schnellgehende Doppelschraubendampfer „Stavanger Fjord“ und „Berens Fjord“ zur Fahrt von Christiania nach Neuenorf in den Dienst gestellt. Die Heberfahrt dauert nur zehn

**Tago.** — Bestrafung eines deutschen Spritschmugglers in Norwegen. Kapitän Schröder von dem deutschen Motorfahrzeug „Graf“ aus Cuxhaven ist vom Amtshausgericht Lönsherg wegen Schmuggels zu 30 Tagen Gefängnis verurteilt und ferner sein Schiff und Ladung konfisziert worden. — Zur Abfertigung an die Entente fertig. Der 35 000 Tonnen große Dampfer „Columbus“ des Norddeutschen Lloyd ist bei Wismar u. Wok in Hamburg soweit fertig, daß er in den nächsten Tagen den Hafen verlassen kann. Der an England abzufahrende Dampfer ist bereits von der White-Star-Linie übernommen, die ihn in „Sameri“ umgetauft hat. Der Norddeutsche Lloyd hat bereits für Ersatz gesorgt. Ein gleich großer Dampfer, der auch den Namen „Columbus“ erhalten soll, ist im Bau begriffen.

**Wegen Steuerhinterziehung** mußten sich am Freitag die Eheleute L. und die beiden Mäher Sch. und O. vor der Strafammer verantworten. Es handelt sich um den Verkauf eines Hauses in der Hakenstraße. Die Eheleute L. kauften unter Mitwirkung der beiden Mäher das Grundstück für 170 000 Mark. Für das Gebäude selbst wurde die Summe von 110 000 Mark und für Inventar 60 000 Mark angelegt. Die Angeklagten werden nun beschuldigt, zwecks Steuerhinterziehung das Gebäude zu niedrig und das Inventar zu hoch bewertet zu haben. Vom Schöffengericht waren die Eheleute L. und der Mäher Sch. zu je 16 000 Mark Geldstrafe verurteilt worden, während O. freigesprochen wurde. Die Strafammer als Berufungsinstanz sprach O. abermals frei und neuverurteilte die übrigen Angeklagten zu je 10 000 Mark Geldstrafe.

**Wie erspare ich Postporto?** Eine süddeutsche Zeitung macht folgende Vorschläge, um das teure Postporto zu ersparen:

1. Man wird in Zukunft die Postkarte mehr als bisher an die Stelle des teuren Briefes treten lassen. Für größere Mitteilungen wähle man das größere Postkartenformat, das man fast nicht zu kennen scheint. Es hat die Größe von 15,7 : 10,7 Zentimeter und bietet auf der Rück- und linken Vorderseite in den meisten Fällen hinreichend Platz, selbst zu größeren Mitteilungen.
2. Man benutze die Abschnitte der Postanweisungen, Zahlkarten und Pakete mehr als bisher zu Mitteilungen, die Porto für einen gleichzeitigen Brief oder Postkarte ersparen lassen.
3. Nimm dir, namentlich im Geschäftsverkehr, ein Postschekkonto statt des teuren Geldverkehrs mit Postanweisungen.
4. Per Pakete unter Wertangabe oder Einschreiben verstehen sich, überlasse zuerst, ob es wirklich nötig ist. Gemöhnliche Pakete sind annehmlich mit fünfmal 10 Mark bei der Post versichert, als die Sendung um wieviel, also ein 5-Kilo-Paket mit 100 Mark. Die Einschreibung für 1 Mark versichert die Sendung nur mit einem festen Satz von 42 Mark.
5. Gehe du ein Paket zur Post bringst, wie es zu Hause ab, ob es nicht um ein wenig die Gewichtsgrenze (5 Kg., 10 Kg. usw.) überschreitet; wenn möglich, erleichtere das Paket um dieses kleine Ueberschneiß, und du wirst dir nach den neuen Postgebühren 6 bzw. 9 Mark ersparen.
6. Wenn es der Inhalt eines Pakets zuläßt, so soll es nie kleiner als 10 Kg. sein; andernfalls teile die Sendung in zwei Pakete, und du sparst dir 8—22 Mark ersparen.
7. Wenn möglich, so koste bei den Geschäftsteuern am Platz, und du ersparst dir Porto für die Bestimmung, für Zurendung der Ware und für Geldsendung, dazu noch manchen Schaden und Verdruß.
8. Laßen sich Mitteilungen, Sendungen oder Zahlungen gemeinsam unter Freunden besorgen, so achte der Satz: „Einer für alle!“ Man mache also Sammelbestellungen und Sammel sendungen.
9. Schreibe du Anfahrtskarten, so hequie dich mit 5 Grußworten, und das Porto kostet nur 40 Hg. statt 1,25 Mark (Postkarte).
10. Mache Gebrauch von der offenen Druckfachenkarte, die nur 40 Hg. Porto kostet.

**Verbindlichkeitsklärung eines Tarifvertrages.** Der am 21. September 1921 abgeschlossene Nachtrag zum allgemein verbindlichen Tarifvertrag vom 1. Juni 1921, der für die kaufm. und techn. Angestellten der Sittens- und Metallindustrie gilt, ist mit Wirkung vom 1. Sept. 1921 ab für allgemein verbindlich erklärt worden. Damit haben sämtliche kaufm. und techn. Angestellten der Sittens- und Metallindustrie Anspruch auf Zahlung der im Tarifvertrag festgelegten Mindestgehälter.

**Der nicklose Schiffsrumpf.** Der völlig glatte Schiffsrumpf, der den Schiffsbauern stets als ein Ideal vorzuschwebte, mit dem

## Molière.

Von J. Kluge.

Wer Köhen nach dem Hauptgedenktag begehrt Frankreich, und mit ihm die europäische Welt, das Gedächtnis seines größten Bühnenbilders. Am 15. Januar sind drei Jahrhunderte verfloßen, seit 1622 Jean-Baptiste Poquelin, der später unter dem Bühnennamen Molière in die Halle der Unsterblichen trat, in Paris getauft wurde. Getauft, denn das Geburtsdatum des königlichen Kammerdieners-Sohnes haben die französischen Literaturforscher bis heute vergeblich zu finden gesucht.

Drei Jahrhunderte sind eine gewaltige Zeitspanne. Und wenn noch immer über die Breiten der Theater aller Länder die verführerischen Stände des genialen Komödiendichters gehen, so muß diesen schon etwas innewohnen, das sie über Zeit- und Tageswerte hinaushebt. So ist es auch. Aus den allermeisten der etwa zwei Dutzend Bühnenwerke, die Molière als Pariser Theaterleiter und späterer Komödiant des Königs geschrieben hat, leuchtet nicht nur ein hartes Künstlertum, es steht in diesem häufig recht feinen, unvollständigen Komödien auch sehr viel Allgemein-Menschliches. Darüber hinaus offenbart sich in ihnen ein scharfer Kritiker seiner Zeit, ein Mann von unbeugbarem Wahrheitswillen.

Und dieser Rat zur Wahrheit war im Zeitalter und am Hofe des vierzehnten französischen Königs nicht ohne Belang. Gezieltes Geize, Heuchelei und schlimmes Schmarozertum hatten sich in einer Weise breit gemacht und bejaßen derart Bürgerehre, daß es schon eines starken, energiegelben und ausdauernden Charakters bedurfte, um den Kampf gegen diese festgesetzten, menschlichen Mängel anzunehmen. Molières dramatisches Schaffen war ein solcher Kampf. Zeitweilen jagt er mit spitzen Worten gegen den falschen Schein, gegen die gesellschaftliche Lüge, gegen die hohle Angeblatenheit. Vom leichten Spott bis zur offenkundigen Ironie, vom anzüglichen Spott bis zum scharfen Hohn schwingt er auf den Komödiendichtern seine Geißel. — Nun hier, nun dort, bald an dieser, bald an jenen seine Hiebe ausstehend.

Als junger Mensch hatte Molière dem Rechtsstudium Satel gesagt und war mit einer Schauspieltruppe in die Provinz gegangen, hatte an guten und schlechten Orten seine leichte Kunst erprobt und war dann nach zwölfjähriger Wanderschaft nach Paris zurückgekommen, alles er fertig an herangezogen, vom König privilegiert, seine Kunst zu lehren. In rascher Folge erließen aus seiner heiligen Feder, von einem spöttischen und bewußten Geiste inspiriert, Werk an Werk. Alles in Komödienform, fern der hohen Tragik. Und doch war dieser Dichter innerlich ein Tragiker, indes die Komödie war die Form, in der diese unter hoher Larve einzig stehende mutige Kunst sich ausleben konnte, erleben durfte.

Molières Absicht war, in komischen Darstellungen den Lastern jener Zeit zu Leibe zu gehen. Und das hat er immer wieder mit mehr oder weniger Erfolg versucht. In seinen „Lächerlichen Gezierten“ läßt er zwei aus der Provinz nach Paris gekommene Hieppuppen, die sich in lödigeistigen, unnatürlichen Gehebe nicht genug tun können, die lächerlichsten Reinfälle erleben. Im „Bürger-Edelmann“ verspottet er einen Pariser Bürger, der über den eigenen Stand hinauswill, und im „Eingebildeten Kranken“ geht er mit noch derberem Spott den sich dazumal sehr wichtig gebenden Vertretern des ärztlichen Berufes zu Leibe. Inmitten einer höflich und literarisch verlogenen Zeit war Molières Ziel die Wahrschaffigkeit. So wurden seine Komödien zu einer Darstellung der Sitten des damaligen Frankreichs. Hatte er in den bereits genannten Werken der gesellschaftlichen Heuchelei einige scharfe Hiebe versetzt, so holte er in seinem „Tartuffe“ zu einem kernigen Schlag gegen das Pfaffenamt aus. Im Ranzel der Frömmigkeit geht hier ein dunkler Ehrenmann sehr eigenartigen Zielen nach. In der Maske des frommen Gottesmannes versucht der innerlich abgefeimte, astetische Rotalprebigende Schurke dem ihm Gattreundchaft gewährenden Hausherren Frau und Tochter zu verführen. Doch er wird entlarvt und mit Schimpf und Schande aus dem Hause gewiesen.

Kein Wunder, daß die pfäffliche Meute sich auf Molière stürzte. Umso mehr als der Dichter auf bestimmte wirkliche Vorgänge angepielt hatte. Mit dem Pariser Erzbischof an der Spitze donnerte die Klerlei von den Kanzeln gegen den Wadener. Mit einiger Hölle wurde jeder bedroht, der das Stück sich anjah, es anzuhörte oder las. Schließlich ließ auch der König sich bereitfinden, die weiteren Anweisungen des „Tartuffe“ zu verbieten. — Ein scharfes Wort Molières hatte sich erfüllt. „Die Heuchelei“, so heißt es in einem seiner Bühnenwerke, „ist ein Mordelaster, sie befehlt ein Privileg, das alle Leute zum Schweigen bringt.“ Und in der Tat: je unmaralischer die Zeitalter waren, je schlimmer erging es den Freunden der Wahrheit. Wie der Komödiendichter Molière, so wurde später der seine Lyriker Baudelaire, so wurde der Realist Flaubert, so wurde in unserer Zeit der größte französische Romanautor Emile Zola zu lächen gesucht.

Starke Charakterkomödien hat Molière auch in seinem „Neben dem Feind“ (Wahnsinn) und dem „Geizigen“ geschaffen. Die erste behandelt wieder das Problem der gesellschaftlichen Lüge, die Welt des verlogenen Egoismus, in der ein anstrengter, ehrlicher Mann nicht zu leben vermag, im „Geizigen“ zeigt der Dichter, wie die Liebe zum Geize die edelsten menschlichen Gefühle zu nichte macht. Wer dem Geizigen den ihm zum Leben gar nicht mal unerlässlich notwendigen Goldschädel wiederbringt, dem will er ohne viel Bedenken seine eigene, zukünftige Frau abtreten. Karl Marx hat den Gedanken später in die Formel gefaßt, daß bei einer bestimmten Vermögenshöhe das Kapital bereit ist, die

eigenen Kinder zu opfern. Molières Geizhals opfert die Frau, die er liebt.

Molière gilt als der Schöpfer der nationalen französischen Komödie. Aber er war keiner, der die Kunst nur um ihrer selbst willen betrieb. Etwas zu seinem eigenen Spaß, oder des Geldverdienens wegen. Nein, er schuf das, was man später in schlechter Verkennung der wirklichen Aufgabe des Dichters verächtlich als Tendenzkunst bezeichnete. Molière stand mit beiden Füßen fest im unbedorbenen Volkstum. Es gegen Lüge und Unnatur zu kämpfen, betrachtete er als seine Aufgabe. Darum auch besaß Goethe so große Sympathie für den über reiche Phantasie und tiefe Weisheit gebietenden Franzosen. Darum auch besitzt ein wesentlicher Teil seiner Stücke noch heute mehr als bloßen gesellschaftlichen Zeitgeist. Und fast will es uns scheinen, als ob wir heute notwendig denn je, in Frankreich wie in Deutschland einen Molière brauchten. Leider konnte auch Molière sich in seinem künstlerischen Schaffen nicht voll ausleben. Sprang er auch mit Bürgertum, niederem Adel und Pfaffen höchst respektlos um — auf die Gewogenheit des Königs mußte er eine gewisse Rücksicht nehmen. Dieser bildete die beste Stütze gegen die Angriffe, mit denen man Molière aus allen Lagern berann. Louis Quatorze konnte sich dieses leisten, hatte vielleicht seine eigene Freude an dem Mann, der im Komödienpiel solch billige Wahrheiten sagte.

In rein menschlicher Hinsicht hat Molière wenig ungeprübte Tage gesehen. Vielleicht waren die Jahre der Wanderschaft noch seine glücklichsten. Später, als er Welt und Menschen erkannte, mußte er seine Geißel führen, und das schuf ihm ungezählte Haßer. Auch in der Ehe fand er kein Glück. Verheiratet mit einer jungen Schauspielerin, erging es ihm wie manchem andern aus Apolls Reich, wie Anzenruber, wie Scheffel. Mit wirtschaftlichen Sorgen hatte er weniger zu kämpfen.

Gleich Shakespeare spielte Molière die Titelpartien seiner Stücke selbst. Dichter und Darsteller zugleich. Ein König seiner Kunst und seiner Kunst, ist er auch in den Sitten gest. Am 17. Februar 1673 begab er sich krank ins Theater. Man hatte ihm abgeraten. Doch er widersprach. „Zünftig arme Theaterarbeiter, die ohne mein Auftreten heute auf ihren Tagelohn verzichten müßten, und also morgen nichts zu leben hätten, warten auf mich, ich muß spielen!“ So hatte er gesprochen und darauf den emgebildeten Kranken im gleichnamigen Stück gespielt. Im letzten Akt brach er zusammen, geraume Zeit später beendete ein Blutsturz sein Leben. Der Haß seiner Gegner lebte über seinen Tod hinaus; die Geistlichkeit verweigerte ihrem Widersacher ein ehliches Begräbnis, der unwillkürliche Caspianpöbel wurde aufgeboten, und um dem Schlimmsten zu entgehen, mußte die Beisetzung bei Nacht erfolgen. Hundert Jahre später adelte die französische Akademie ihren Sitzungssaal durch eine Aufführung der Stücke Molières.

bisherigen Netzerfahren jedoch bei eisernen Schiffen nie erreicht werden konnte, wurde während des Krieges in erfolgreicher Weise durch Anwendung der elektrischen Schweißung verwirklicht. Als die Vereinigten Staaten in den Krieg eintraten und damit die Frage eines genügend großen Schiffsraumes auch für dieses Land zu einer der wichtigsten wurde, trat auf Veranlassung der Regierung eine aus 110 Ingenieuren, Offiziere und Vertretern des Handels und der Industrie zusammengesetzte Kommission zusammen, die neben anderen schiffbaulichen Fragen auch die der elektrischen Schweißung der Schiffsrumpfe studierte. Da bisher jede Erfahrung auf diesem Gebiete fehlte, so handelte es sich um ein äußerst gewagtes Unternehmen. Ein Kesselschloß hätte verhängnisvolle Folgen haben können. Nach umfassenden Versuchen und Ausbildung einer genügend großen Anzahl Arbeiter in den elektrischen Schweißarbeiten ging man alsdann ans Werk, indem zuerst ein eisernes Schiff von einigen Tausend Tonnen nach dem neuen Verfahren hergestellt wurde. Und das Resultat war ein äußerst zufriedenstellendes. Die erhofften Ersparnisse an Zeit und Kaufkraft konnten tatsächlich erzielt werden. Seitdem wird in den Vereinigten Staaten das neue Verfahren fast ausschließlich angewandt.

Der Verein zur Förderung der Geflügelzucht veranstaltet Sonnabend und Sonntag im Konzerthaus Friedrichsplatz Schwarztauer Allee eine Geflügelausstellung, die Zeugnis davon ablegen wird, wie es den Ausstellern ernst ist, immer bessere Resultate mit ihren Züchtungen zu erzielen. Es sind über 500 Nummern Hühner und 150 Nummern Tauben, sowie 80 Nummern Wasser-geflügel angemeldet, eine Anzahl, wie sie bisher nicht in Lübeck aufzuweisen gewesen ist. Bei dieser Lokalgeflügelzucht ist ein zentraler Besuch der Ausstellung sicher zu erwarten, da außer dem volkswirtschaftlichen Interesse auch viel Vergnügen für die Besucher geboten werden dürfte. Es besteht günstige Kaufgelegenheit für Interessenten. (Siehe Anzeigen.)

Die Gründung eines Vereins der Oldenburger in Lübeck wurde Donnerstagabend in einer auf beidseitigen Veranlassung der ehemaligen Angehörigen der Provinz Lübeck im Kulmbacher Bierhaus beschlossene Den Vorstoß übernahm bis auf weiteres Rechtsanwalt Dr. Müns. In der Versammlung wurden auch akute Fragen wirtschaftlicher Art besprochen.

Die Blattbüchse Volkszucht in Lübeck legt uns eine Reihe von ihr herausgegebenen Beschlüssen vor. Der bildliche Schmuck der nach Entwürfen von W. Brädel ausgeführt ist, zeigt Gestalten aus dem Lübecker Volksleben, mit launigen, plattdeutschen Versen. Diese Scheine stehen in künstlerischer Beziehung weit über dem Durchschnitt und werden den Sammlern hochwillkommen sein.

Einem geliebten Schwindler fiel ein hiesiger Bäckermeister zum Opfer. Bei letzterem erschien ein junger Mann, der sich Prachmann nannte und davor, beauftragt zu sein, seine Mehlbestände zu revidieren. Hierbei wurde eine anaesthetische Narkose verabreicht, die der Schwindler vorwärts beschaffen zu können. Er forderte zu diesem Zwecke von dem Bäckermeister eine größere Summe, war aber schließlich damit zufrieden, einen ordentlichen Vorkurs zu erhalten. Der opferliche Bäckermeister hatte später das Nachsehen. Vor dem Schwindler wird gewarnt.

pb. Kost-entnommen wurde ein Kriseur, der einem Matrosen 300 Mk. gekostet hatte. — Ermittelt und festgenommen wurden zwei Jugendliche in der Riegelstraße maharatische Arbeiterburden die gemeinschaftlich von einem auf der Wallhöfchen befindlichen Goldschuppen Zinnschrauben im Werte von ca. 800 Mk. abgekauft zerhackt und als Metallbruch an einen Tröbler verkauft hatten. Ferner hatte einer der Kesselnommen aus einer unbekannteren Wohnung in der Riegelstraße die Ofentüren aus den Ofen ausgehakt und ebenfalls an einen Tröbler als Metalle verkauft. — Ermittelt und festgenommen wurde ferner ein Elektrotrotierer aus Neumünster und einer aus Roggenhausen, die gemeinschaftlich aus einem Schuppen am Konstantplatz mehrere Rollen elektrischer Kabel im Werte von ca. 80.000 Mk. gestohlen hatten. Glimme von diesen Kabeln hatten sie in ihre Wohnung geschafft, zerhackt, auseinandergeplückt und als Kupferabfall an einen Tröbler verkauft. Eine Arbeiterin, die ihnen hierbei Hilfe leistete, wurde ebenfalls festgenommen.

### Hinweis auf Versammlungen, Theater usw.

**Achuna, Betriebsräte der Arbeitsgemeinschaft Dreger bei der Volkshochschule!** Der Unterricht für die am letzten Mittwoch ausgefallene Stunde findet am Dienstag, dem 17. d. Mts., abends von 6.15 Uhr bis 7.55 Uhr statt. Die Teilnehmer werden gebeten, sich darauf einzurichten, am gleichen Tage mit der Arbeitsgemeinschaft des Dienstags von 8 Uhr weiter Unterricht zu nehmen. Die Betriebsrätezentrale.

**Stadttheater.** Sonntagmorgen wird in der Fremdenvorstellung „Margarete“ gegeben. Abends: „Die Federmaus“. Den Eisenstein singt Herr Max Hermann, den Prinzen Orlofsky Hr. Rehdach. Montag wird außer Abonnement auf vielfachen Wunsch (zum letzten Male) „Tiefenland“ gegeben. Im Schauspiel ist in Vorbereitung: „Macbeth“ von Shakespeare, „Des Meeres und der Liebe Wellen“ von Grillparzer. In der Oper: „Carmen“ von Bizet und von Mozart: „Figaros Hochzeit“.

**Sansa-Theater.** Sonnabend sowie Sonntag 7 1/2 Uhr: „Die Luftige Witwe“ von Lehar. Montag abends 8 Uhr Schauspiel der Gomburaer Kammerstücke: „Das Friedensfest“ von Gerhardt Hauptmann.

Die Lichtspielgemeinde veranstaltet ihren 3. Bilderbühnenabend am 19. ds. Mts., abends 7 Uhr, in der Stadthalle. Gezeigt werden hervorragende schwedische Filme über Seilerzeilmethoden, Möbelhändlererei und Papierfabrikation. Weiter kommt zur Vorführung der nach dem gleichnamigen Roman Dostojewskis bearbeitete Spielfilm „Die Brüder Karamasoff“. Nachmittags 4 Uhr Jugendvorstellung: „Hänsel und Gretel“, „Elfenzauber“. Karten für beide Vorstellungen bei Nagel am Markt.

Die Centrale für private Fürsorge eröffnet am Dienstag, dem 17. Januar wieder ihre Betriebe. (Siehe Inserat.)

## Angrenzende Gebiete.

**Hamburg.** Die Zustände des Reichseisenbahnbetriebs in Hamburg beschäftigen die Bürgerchaft in lebhaften Auseinandersetzungen. Von Rednern verschiedene Parteien wurde auf die großen Schädigungen hingewiesen, die Hamburg als wirtschaftliches Ganzes, wie auch die einzelnen Geschäfte erleiden müssen durch die unaufrichtlichen Verkehrsverhältnisse, durch die unmöglichen Zeitverluste, die die ganze Güterbehandlung in Hamburg unter den heutigen Zuständen mit sich bringt. Ungezählte Tausende Schiffsrampen mußten nach Bremen und selbst ins Ausland nach Rotterdam usw. geleitet werden, weil der Hamburger Dänen wegen des Eisenbahnverkehrs nicht mitande war, sie zu bewältigen. Es wurde schließlich einstimmig beschlossen, einen Ausschuß von 13 Personen einzusetzen zur Prüfung von Maßnahmen, die der Verbesserung der Schwierigkeiten im Güterverkehr zu Wasser und zu Lande im hamburgischen Staatsgebiet dienen können.

**Güter l. Abg.** Ein Fiasko erlitt eine von der Deutschen nationalen Volkspartei einberufene Versammlung, zu welcher circa 10 Personen erschienen waren, vor welcher der Geschäftsführer Springer (Ratzeburg) seine Weisheit vom Stapel ließ, die natürlich als höchstes Ziel in der Wiederaufrichtung der Monarchie gipfelten. Einen Erfolg hatte der Herr nicht zu verzeichnen.

men, während die Mitgliederzahl unseres Ortsvereins langsam wächst. Ein Zeichen, daß auch die Landbevölkerung einsehen leant, wo ihre wahren Interessen tatkraftig vertreten werden.

**Schönberg in Ostpreußen.** Die Not der Fischer. In einer sehr traurigen Lage befinden sich die Fischer an Schönberg-Stadtdorferstrand. Durch die Überflutung der Warneboote, die während des Krieges zwischen Reichman und Allen mit emalmschigen Zeefen notgedrungen die Fischer ausübten, sind die Fischerlande derartig ruiniert und der Bestand der Goldbutt so hart mangelnd, daß fast nichts vorhanden ist. Jetzt sind die Folgen der Überflutung zu tragen. Die Fischer kehren meistens unrichtiger Sache von ihrem so schweren Beruf zurück, und können gerade die Unkosten decken.

**Beer, Schwere Stürme in Ostpreußen.** Gewaltige Stürme haben in den letzten Wochen an der ostpreussischen Küste und besonders auf der Insel Rortum großen Schaden angerichtet, der auf Millionen geschätzt wird. Die Bühnen haben vielfach berartig gelitten, daß man an eine Wiederherstellung nicht denken kann, und die Strandmauer ist durch Unterpflung in der Nähe der Sturmsee zerfallen. Am Nordstrand und auf dem Ruffelsfelde hat das wilde Wasser große Dünenflächen fortgeweht. In einer Versammlung der Einwohnerchaft wurden die Maßnahmen beraten, die einen weiteren Ruin verhindern können. Ein Kenner der Verhältnisse erklärte, daß versucht werden müsse, an der gefährdeten Stelle durch eine Mauer der Strömung in andere Richtung zu geben. Die preussische Regierung wird ersucht, unverzüglich Schritte zu unternehmen, um Rortum vor dem Untergange zu retten.

## Gewerkschaften.

**Zusammenschluß der nordischen Gewerkschaften.** Die Gewerkschaften der dänischen, schwedischen und norwegischen Elektrizitätsarbeiter haben in Anbetracht der in nächster Zeit abzuschließenden Tarifverträge in ihren Ländern sich zu einem gemeinsamen Vorhaben entschlossen und wollen sich für diesen Anlaß als eine einheitliche Organisation betrachten.

**Lohnzulagen mit rückwirkender Kraft.** Der „Korrespondent“, das Organ des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, bringt folgendes Gewerbenrichtsurteil, das von Allgemeininteresse sein dürfte: Vom Gewerbegericht München-Pasing ist für sich entschieden worden, daß ein Tarifvertrag mit rückwirkender Kraft auch auf diejenigen Arbeiter und Angestellten anzuwenden ist, die beim Abschluß des Vertrages aus dem Betrieb bereits ausgeschieden sind. Begründet wird das Urteil damit, daß schon wegen des langwierigen Hinzuführens der Tarifverhandlungen die Lohn- und Gehaltszulagen rückwirkend festgelegt werden, und es wäre nicht zu verstehen, wollte man die inzwischen ausgeschiedenen Arbeitnehmer von den Vorteilen der rückwirkenden Lohnerhöhung ausschließen, zumal im vorliegenden Falle der Austritt aus dem Geschäft einige Tage vor Inkrafttreten des neuen Tarifvertrages erfolgte.

**Beteiligung der tschechoslowakischen Bergarbeiter am Gewinn.** Infolge des am 1. Dezember 1921 ins Leben getretenen Gesetzes sind die Bergwerksunternehmern in der Tschechoslowakei verpflichtet, von dem Teil des Profits, welcher als Dividende ausgeschüttet wird, 10 Prozent den Arbeitseinstellenden der Bergarbeiter zuzuführen. Das englische Bergwerksgesetz von 1921 (nach dem großen Kohlenarbeiterstreik) sieht auch eine gewisse Beteiligung der Bergarbeiter vor; dort wird aber ein Teil des Profits für Lohnzuschüsse verwendet.

## Aus aller Welt.

**Tragödie einer Effektorier.** Aus Halle wird gemeldet: Einem tschechischen Arbeiter ist man in Pockelitz auf die Spur gekommen. Anfang vorigen Jahres war die 23-jährige Tochter eines dortigen Straßenmüllers nach Ustipringse abgeholt worden, um in der Arrenanah Aufnahme zu finden. Die Arre erklärten jedoch das Mädchen für normal und nahmen es nicht auf, seitdem hat man von ihr nichts mehr gehört. Nun haben Nachbarn durch einen Zufall das Mädchen, zum Skelett abgemagert, im Verbleib eines Speckers aufgefunden, wohnen der Vater und die erst 26-jährige Ehemutter das Mädchen gebracht hatten. In diesem Verbleibe hat das Mädchen fast ohne Kleidung und Nahrung nahezu ein Jahr zubringen müssen. Das Mädchen wurde jetzt in das Kreiskrankenhaus gebracht, die gewissenlosen Eltern wurden sofort verhaftet.

**Das Ende des Döllendorfer Schauspielhauses.** Die Direktion des Döllendorfer Schauspielhauses Dumont-Vindemann gibt heute bekannt, daß ihr von städtischer Seite in Zukunft keine Mittel mehr bewilligt werden können. Infolgedessen muß die Direktion den Betrieb einstellen und das künstlerisch hochwertige Ensemble auflösen. Der reiche Fundus des Döllendorfer Schauspielhauses gelangt zum Verkauf, um das bisher entstandene Defizit zu decken.

**Güterbahnunfall in Bayern.** Donnerstag fuhr ein Güterzug bei der Einfahrt in Deigenbrücken auf einen stehenden Wagengüterzug. 27 Wagen und 2 Lokomotiven entgleisten. Zwei Zugbeamte wurden getötet, drei weitere und Wagnersbegleiter wurden verletzt.

**Hochwasserkatastrophe auf Sizilien.** Infolge eines ungeheuren Witterungssturms in die Stadt Messina zum größten Teil unter Wasser gesetzt. Mehrere öffentliche Gebäude, darunter die Burgweiterei und die Kathedrale, sind größtenteils zerstört und mehrere Häuser eingestürzt. Die Bevölkerung flieht. Die Zahl der Opfer ist unbekannt. — Das sizilianische Dorf San Fratello wurde infolge der Regenflüsse von einem Erdbeben teilweise zerstört. Das Rathaus, die Kirche, das Post- und Telegraphengebäude und viele andere Häuser wurden zerstört. Die etwa 5000 Einwohner flüchteten in die umliegenden Dörfer.

## Notwendige Erziehungsarbeit.

Will die Arbeiterschaft ihren durch jahrzehntelange Kämpfe errungenen Einfluß auf die Mitgestaltung des öffentlichen Lebens nicht langsam wieder an die von 1918 führenden Schichten verlieren, so muß sie mit aller Energie dafür sorgen, daß ihr Nachwuchs eine zeitgemäße gute Schulung und Erziehung erhalte. Besteht die Klust weiter zwischen dem gut ausgebildeten Nachwuchs, der in den höheren Schulen 10 bis 12 Jahre lang jährlich etwa 1200 Unterrichtsstunden genießt und den Kindern des werktätigen Volkes, die nur 8 Jahre lang in der Volksschule an der durch die Schule gebotenen planmäßigen Ausbildung teilhaben, so wird die Führung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in den Händen der erheblich besser vorbereiteten Schicht bleiben. Sie werden die durch die Revolution teilweise erlittene Macht einbüßen schrittweise wieder rückgängig machen. Sie sind ja schon kräftig dabei am Werk. Alles Geschrei über Klassenjustiz, geheimrästliche Reaktion in der Verwaltung und wachsende Annäherung des Unternehmertums ist machtlos gegenüber der Tatsache, daß jederzeit der Schicht die Führung in Staat und Wirtschaft zufällt, die über gediegeneres Wissen, bessere gedankliche und sprachliche Schulung verfügt. Viel zu viel Gewicht hat man auf unserer Seite beim Kampf um die Einheitschule darauf gelegt, daß in den ersten vier Schuljahren die Kinder der Reichen und Armen auf derselben Schulbank sitzen. Diese gemeinsame Grundschule schafft den großen Bildungsgegenstand in unserem Volke nicht aus der Welt. Dieser beruht vornehmlich auf der Giltigkeit und Dauer der Gesamtschulung. Es kommt zunächst vor allem darauf an, die Volksschulbildung als solche derart zu haben, daß die Arbeiterkinder, wenn sie dieselbe verlassen, soweit vor-

gebildet sind, daß sie sich mündlich und schriftlich gewandt ausdrücken können, daß sie sonst gediegene erarbeitete Kenntnisse, Anschauungen und Begriffe haben, um eine gutgeleitete Tageszeitung in allen ihren Teilen rasch kritisch lesen zu können, um ein für Laien bestimmtes Buch oder Vortrag über Naturwissenschaft, Kulturgeschichte, Wirtschafts-, Rechts- und Gesellschaftslehre oder über Fragen der Volksgesundheit, Erziehung, Weltanschauung oder Kunst in sich aufzunehmen und verarbeiten zu können. Nicht, daß nun jeder all den genannten Gebieten ein gleich starkes Interesse entgegenbringen soll. Gründliches Verständnis auf einem Gebiet ist gewiß wertvoller, als Herumpuscheln auf vielen. Das Wesentliche ist, daß die Volksschule soweit geführt ist, daß der durchschnittliche Schulklassenfreude an der Beschäftigung mit Fragen des geistigen Lebens gewonnen hat, daß er in seinem Denken soweit geführt ist, daß er Ursache und Wirkung, Gründe und Gegenstände, Wesentliches und Unwesentliches klar erkennen und zum Ausdruck bringen kann, mag er dann sein Bildungstreben diesem oder jenem Neigungsgebiet vorwiegend widmen.

Selbst wenn die Volksschule erheblich besser wäre als sie ist, wenn sie in kleinen Arbeitsgemeinschaften mehr das selbständige Denken pflegen und in Lebensgemeinschaften mehr das Lernen mit dem Eigenständigen und Eigenleben verbinden würde, könnte sie das angestrebte Ziel nicht erreichen, wenn sie mit dem 11. Lebensjahr abschließt. Gerade, wenn der Schüler nicht die nötige Lesefähigkeit und rechnen kann, wenn er imstande ist, ein Buch mit Verständnis zu lesen oder ein Erlebnis mit Worten wiederzugeben, in dem Augenblicke also, wo gerade die elementarsten Grundlagen zur Bildung angelegt sind, um darauf weiter aufzubauen, in diesem Augenblicke scheitert vor ihm die Schulfür zu und schiden ihn in die Fabrik oder Werkstatt, gehen in in die sogenannte Lehre, wo er als Laufbursche und billige Arbeitskraft dem Meister zur bequemeren Verfügung steht, ohne die Notwendigkeit genügend für seine berufliche Ausbildung auszunutzen. In dieser allzufrüh eingebrachten Bildung der Arbeiterjugend, ihrem unvermittelten Hinausgehobenwerden ins härteste Leben, liegt die große Sünde und das Geheimnis der Macht der bürgerlichen Kultur. Wie im ganzen Altertum die Kinder dem Misch geopfert wurden, um den Nachdruck dieses Gottes zu befriedigen, so muß die Jugend des merkwürdigen Volkes ihre besten Jugendjahre der Wirtschaftszion einer ungerechten Gesellschaftsordnung opfern, um die bürgerliche Kultur wirtschaftlich zu ermöglichen.

Mit der beginnenden Geschlechtsreife erwacht der Sinn für das Ideale. Der junge Mensch lehnt sich hinaus aus seinem kleinen Käse. Er sucht einen höheren Sinn, er will eindringen in den Zusammenhang der Dinge, er will nicht bloß Tatsachen der Natur und Geschichte, er will ihnen ihre Gesetze ablauschen und die Richtung ihrer Entwicklung kennen lernen. Jetzt ist der Augenblick gekommen, wo man ihn hineinführen könnte in die leichtverständlichen Werke der Natur- und Kulturgeschichte, ihm den Sinn erschließen für wertvolle Gebilde, Bühnenstücke, musikalische Darbietungen und bildende Kunstwerke. Da reißt ihr ein hartes Schicksal (oder besser, eine grausame Gesellschaft) heraus aus der jugendlichen Bildungsstätte und läßt seinen aufnahmefähigen Geist und sein nach Höherem sehendes Gemüt unbetrieblig. Die Körperpflege ruht, die regelmäßige gedankliche Schulung hört auf. Was für ein Wunder, wenn viele solcher halbwegsiger Menschen ohne rechte Vorbereitung ins Leben hineingeworfen werden, ohne genügende Ausreifen von Körper und Geist den sinnverwirrenden Verlockungen, der auf die unreifen Intelligenz der Jugend loswirkenden Profitmacher verfallen, wenn sie in Zigaretten, Alkohol, Film, Wettrennen, Karrieren, Jäten und Viehweiden ihre freie Zeit austoben. Neben dem oft entsetzlichen Wohnumwandel, das nur durch eine soziale Bodenbewirtschaftung befristet werden kann, muß vor allem der allzufrühen wirtschaftlichen Ausbeutung der Halbgebildeten ein Ende gemacht und sie für die ihrer Natur gemäßen Bildungsarbeit gewonnen werden.

Man sehe der Jugend, was ihr gehört, Stätten für planvolle Entwicklung ihrer geistigen, seelischen und körperlichen Kräfte, und die Klagen über die Vermahlung der Jugend werden verschwinden.

Die Wohltaten einer verbesserten und verlängerten Volksschulbildung beschränken sich nicht auf die natur- und kultur-gemäße Verwertung der Jugendzeit. Auch die Volksschulbildung arbeitet an Erwachsenden, wie sie die Bildungsvereine und Volkshochschulen vermitteln, würden viel umfassender und wirksamer sein als bisher, wo sie nur einen kleinen Bruchteil der Bevölkerung und auch den oft nur oberflächlich erziehen. Der Kampf um edlere Volkssitten, naturgemähere Lebensweise und schicklichere Formen der Geselligkeit, die Verbitung der verheerenden Volkstrunkenheiten würde erheblich erleichtert, wenn die Schule das Verständnis für die Bedeutung der Volkshygiene allgemein machen würde. Hat die Schule noch Zeit, den Schülern die Grundlagen der verschiedenen sozialen, staatsbürgerlichen und weltanschaulichen Gedanken und Strömungen der Gegenwart zu vermitteln, so ist die Gefahr viel geringer, daß eine vom Großbetrieb beherrschte Presse die leichtgläubigen, kennnislosen und nicht zum selbständigen Denken erregten Menne vor den Karren politischer, wirtschaftlicher oder religiöser Reaktion spannt. Nichts fähiger den Bestand des freien Volkstaates mehr als eine gediegene Bildung aller ihrer Mitglieder. Sonst wird gar zu leicht die Freiheit in Verantwortungslosigkeit umgewandelt und macht gerade die Ensten heftlich gegenüber den Folgen dieser Volksfreiheiten.

„Wer das kostet ja neue Milliarden! Was volkswirtschaftlicher Verlust durch Zustand der jugendlichen Arbeit! Woher soll man plötzlich all die Lehrer, Schulräume und Bildungsmittel beschaffen?“ wird mancher einwenden. Nun gewiß. Auch die allgemeine Wehrpflicht hat Milliarden gekostet, hat eine Menge von Räumlichkeiten und einem Millionen von Auszubildendenpersonal erfordert und hat die Anzahl des Volkes durchschneidend zwei Jahre von volkswirtschaftlicher Arbeit ferngehalten. Diese Rieserausgaben für die präkürteste Volkswirtschaft haben uns nicht vor der Notwendigkeit zu schützen vermocht. Sie war zudem ein Mittel, um den Freiheitsginst des Volkes planmäßig zu erzwingen. Trotzdem hat die Wehrpflicht der Volkswirtschaft nichts Gelder dafür bewilligt. Warum? Weil man es für eine Volkswirtschaftlichkeit hielt.

Bei den auf die Hebung der Volksschulbildung durch Verlängerung der Volksschulpflicht gerichteten Bestrebungen handelt es sich dagegen um eine allgemeine geistige Volkswirtschaft zum Schutze seiner Freiheiten, um eine Arbeit, die uns in der Welt keine Feinde, sondern nur Achtung verschafft. Die darauf verwendeten Mühen und Mittel kränzen der Volksgesundheit und Volksgesundheit ebenso wie der Volkswirtschaft einen bedeutenden Gewinn, denn ein Volk, dessen Nachwuchs im bildungsstärksten Alter in planvoller Weise sein Denken schult, sein Wissen bereichert, sein Gemüt veredelt und sein Verantwortlichkeits-



für werdende und stehende Mütter, Tausende und abertausende dankbarer Anerkennungen. Prospekt gratis. Ausführliche Broschüre über Mutterchaft, Kinderpflege usw. 2.- Mk. **Rad-jo-Versand-Gesellschaft** Hamburg Radjoposthof 11228

